



# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 58477**

**Redaktion:** Leipzig, Lauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13893. — **Berlag in Leipzig,**  
Lauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Bereinbarung über die Ablieferung des deutschen Viehs.

Berlin, 4. Dezember. Wie wir erfahren, sind nach langen, schwierigen Beratungen gestern die Pariser Verhandlungen der deutschen Kommission mit der Reparationskommission über die Viehablieferungen zum Abschluß gekommen. In der gestrigen Vollziehung wurde einstimmig eine Vereinbarung angenommen, nach der Deutschland die von den Entente-Staaten geforderten 1 740 000 Stück Geflügel, 27 165 Ziegen und 15 250 Schweine nach den Bestimmungen des Friedensvertrags liefert und im übrigen innerhalb 6 Monaten liefert: 30 000 Pferde, 125 000 Schafe, 60 000 Stiere, Ochsen usw., sowie 30 000 tragende Kühe und Färken. An Pferden hatte die Entente insgesamt rund 150 000, an Rindern über 888 000, davon 640 000 Milchkuhe und tragende Färken, und an Schafen insgesamt rund 900 000 gefordert. Für die Lieferung des verbleibenden Rests wird vor Ablauf der sechsmonatigen Frist eine neue Festsetzung im Einverständnis mit der deutschen Regierung gemacht werden.

Die Reparationskommission gab am Schluß folgende Erklärung ab:

Der Wiedergutmachungsausschuß hat die Listen geprüft, die ihm durch die alliierten Regierungen übergeben worden sind. Er ist der Ansicht, daß sich die Ansicherungen der Alliierten in vorläufigen Grenzen halten, und behält sich das volle Recht vor, von Deutschland die Lieferung der gesamten Mengen von Vieh zu verlangen, die von den Alliierten gefordert sind.

## Das Ergebnis der Londoner Ministerkonferenz.

Paris, 6. Dezember. (U.) Das Ergebnis der Londoner Konferenz ist folgendes:

1. Beschluß des finanziellen Boykotts Griechenlands für den Fall der Thronbesteigung Königs Konstantinos.

2. Smyrna wird Griechenland wieder abgenommen und der türkischen Oberhoheit zurückgegeben, allerdings unter Kontrolle der Alliierten.

3. Bezüglich der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland hält das offizielle Frankreich neben den Wirtschaftsprojekten Englands an seiner ablehnenden Haltung fest, wird aber dem privaten Verkehr mit Rußland keine Hindernisse in den Weg legen.

4. Bezüglich der Wiedergutmachung herrscht volle Übereinstimmung unter den Alliierten. Am 15. Dezember werden die Delegierten bestimmt, die am 15. März in Brüssel auf einer Konferenz zusammenkommen werden. Ferner werden in Brüssel alle anderen Punkte besprochen. Nach vier Tagen soll eine weitere Konferenz in Paris oder London stattfinden. — In Paris wird erklärt, daß die Londoner Konferenz einen diplomatischen Sieg Frankreichs darstelle.

## 16 Milliarden als erste Wiedergutmachungszahlung.

Paris, 5. Dezember. Nach einer Meldung des Matin soll Ministerpräsident Leger erklärt haben, Frankreich verlange von Deutschland nichts Unmögliches, aber Deutschland müsse im ersten Jahre einen bedeutenden Teil seiner Wiedergutmachungsschuld begleichen, die Frankreich für das Etatsjahr 1921 vorgeschossen habe. Es handle sich um 16 Milliarden Franken. Wenn es das tue, werde es Frankreich zu Entgegenkommen sowohl hinsichtlich der Frist als auch der Zahlungsart bereit finden. Wenn Frankreich aber auf bösen Willen setze, dann werde es über die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, beraten. Der Sonderberichterstatter des Matin erklärt, Lloyd George und Bonar Law hätten dem zugestimmt.

## Die Haltung der Alliierten gegenüber Griechenland.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Lokalanzeiger erzählt aus Lugano: Londoner und Pariser Berichte italienischer Blätter zufolge ist es den vereinigten Bemühungen Legeres und des Grafen Sforza gelungen, Lloyd George von der Notwendigkeit der Revision des Vertrages von Sevres zu überzeugen. Das Ergebnis der Abstimmung in Griechenland wird zweifellos zugunsten der Rückberufung des Königs Konstantin ausfallen. Ihre wahre Bedeutung liegt aber, so urteilt man heute in Frankreich, weniger in dieser Rückkehr Konstantinos als in dem durch die Abstimmung zum Ausdruck kommenden Willen des griechischen Volkes, den Krieg zu beenden. Daraus folgt, namentlich für Frankreich, die Notwendigkeit einer Wendung seiner Politik in Kleinasien. Man überlegt in Frankreich, welche Repressalien man Griechenland wegen seiner Haltung auferlegen soll. Aber die Entscheidung sei schwierig. Auch von

etwaigen finanziellen Maßnahmen, wie einer Nichtanerkennung der griechischen 200-Millionen-Anleihe, fürchtet man, daß England und Frankreich den Schaden und Deutschland den Nutzen haben werden. Laut dem Corriere della Sera wird wegen dieser noch unklar gebliebenen Frage eine neue Konferenz zwischen den englischen und französischen Staatsmännern etwa in 14 Tagen an der französischen Riviera stattfinden.

## Offensive der türkischen Nationalisten gegen die Griechen?

London, 4. Dezember. Einer Neutermeldung zufolge haben die türkischen Nationalisten bei Sams und Smyrna für eine große Offensive gegen die griechischen Truppen Streitkräfte zusammengezogen. Sie haben von den Bolschewisten Flugzeuge, Panzerkraftwagen und zahlreiche Transportwagen erhalten. — Daily Mail meldet aus Athen: Kikalis erklärte, die griechische Regierung werde nicht einen Soldaten demobilisieren und brauche Geldmittel, um den Feldzug in Kleinasien fortzusetzen.

## d'Annunzio verzichtet auf die Kriegserklärung.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Lokalanzeiger erzählt aus Lugano: Die Lage vor Fiume ist unverändert. Der Kriegminister Bonomi erklärte einem Vertreter d'Annunzios, die Blockade sei infolge irrthümlicher Anordnung gegebener Befehle erklärt worden. Infolgedessen entgegnete d'Annunzio, daß die Regentenschaft von Fiume auf die Erklärung des Kriegszustandes einstweilen verzichte, in der Erwartung, daß die italienische Regierung die vom General Cavaglia ergriffenen feindlichen Maßnahmen gegen Fiume ausdrücklich verweigern werde. Die mehrfach genannte Delegation italienischer Deputierter ist gestern abend in Fiume eingetroffen zu dem Zweck, d'Annunzio friedlich zu stimmen. Dieser veröffentlichte eine Note mit der Erklärung, daß er in keine friedlichen Verhandlungen eintreten könne, solange noch der militärische Druck gegen Fiume bestehe. In Fiume wurde ein italienischer Carabinieri verhaftet, der Auftrage des Generals Cavaglia bei sich trug. Er wird laut Corriere della Sera von d'Annunzio vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

## Ablehnung des englisch-russischen Handelsabkommens?

London, 5. Dezember. Evening Standard berichtet, Rassin habe auf das nach Moskau übermittelte russisch-englische Handelsabkommen von der Sowjetregierung die Antwort erhalten, der Sowjetregierung sei der Abschluß dieses Handelsabkommens nicht erwünscht. Nach ihrer Ansicht liege die vorteilhafteste Politik für die Alliierten darin, alle Einschränkungen aufzuheben und Privatkauf zu gestatten, mit Rußland Handel zu treiben.

## Der Eisenbahnerstreik in Norwegen.

Christiania, 4. Dezember. Der für heute mittag anberaumte Demonstrationstag zählte 5-6000 Teilnehmer. Er verlief in vollkommener Ruhe und Ordnung. Die Streiklage ist im großen und ganzen unverändert, die Milchzufuhr besorgt sich jedoch mit jedem Tage und war heute nahezu normal.

Nach den Meldungen Kopenhagener Blätter aus Christiania nimmt der Eisenbahnerstreik an Bedeutung ab. Der Verkehr soll auf einigen Strecken vollständig wieder aufgenommen worden sein.

## Parlamentswahlen in Estland.

O. E. Neval, 5. Dezember. Die Wahlen zum ersten ordentlichen Parlament der Republik Esti ergaben die meisten Stimmen für die jetzige Regierungspartei von der sogenannten Arbeiterpartei, es folgt an zweiter Stelle der von den estischen Parteien am weitesten rechtsstehende Bauernbund (früher „Maalik“-Partei), der auf Kosten der von Toenison geführten Volkspartei und der Arbeiterpartei wesentlich vergrößert aus den Wahlen hervorgegangen ist. Die Sozialdemokraten verloren 18 Sitze im Parlament an die Unabhängigen und die Gewerkschaften, welche den Kommunisten nahesteht. Die Deutschen erhalten 4 Sitze, also einen mehr als im Vorjahre. Die Russen bleiben vermutlich ohne Vertretung. Das Ergebnis der Wahlen bedeutet eine Verstärkung des rechten Flügels und die künftige Regierung wird nach rechts koalieren müssen.

## Generalstreik in Spanien.

Paris, 5. Dezember. Nach einer Meldung der Information aus Madrid haben die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei für Montag wegen der Zwangsmaßnahmen gegen Arbeiterorganisationen den Gesamtaustritt für ganz Spanien angekündigt.

## Das konterrevolutionäre Ungarn.

Von Sigmund Kunfi.

(Nachdruck verboten.)

Seit sechzehn Monaten wütet in Ungarn eine Konterrevolution, die noch mehr mit dem eigenen Schmutz, als mit dem Blute ihrer unglücklichen Opfern bedeckt, ihre vollständige Unfähigkeit zu allem anderen, als zur Bedrohung der ganzen umliegenden Welt und zur Vernichtung der eigenen Bevölkerung durch ihre Taten und Unterlassungen schließig bewiesen hat. Sie hat das durch zwei Revolutionen, durch den Krieg, durch die feindliche Besetzung zugrundegerichtete Land in eine Lage gebracht, aus der es nur ein neuer Krieg oder eine neue Revolution, wenn überhaupt, herausführen kann. Sie kann dem Lande den Frieden nicht zurückgeben, sie kann den Schrecken nicht aufheben, sie kann die rebellierende Bauernschaft nicht beruhigen, sie kann das Proletariat nicht zur Arbeit zurückführen, sie kann mit dem Problem der überschüssigen Intelligenz nichts anfangen und führt einen heute latenten, morgen schon offenen Krieg gegen Ungarns Nachbarn und einen blutigen Bürgerkrieg gegen die ganze werktätige Bevölkerung. Die Grundlagen ihrer Existenz und ihrer Macht sind die Gassen, der Kerker, der Knüttel, die Handgranate und das Kastrirmesser und ihre Werkzeuge sind die im Morden, Rauben, Erpressen gleich gewandten Offiziere und die defaktesten Mitglieder der Intelligenz und Beamenschaft. Außer diesen ist das ganze Land in heller Empörung wider sie, aber die Gewalt hindert alle Schritte der Bevölkerung, etwas anderes gegen sie zu unternehmen, als die Faust in der Tasche zu halten und nach auswärts zu sehen, ob nicht von irgendwo ein Befreier kommt. Viele schauen schon wieder gen Moskau, andere wieder nach der kleinen Entente, aber die allerwenigsten trauen sich zu, durch eine Aktion der übergroßen terrorfeindlichen Mehrheit des Landes die Herrschaft der Mörderoffiziere und ihres Beschützers und Spielgesellen, Vorshy, zu stürzen.

### Die inneren Widersprüche der Konterrevolutionäre.

Die Konterrevolution wünscht natürlich nichts Schnelleres, als sich zu „konsolidieren“, d. h. ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Sie möchte die Vorteile des Friedenszustandes genießen, aber die Möglichkeit haben, die Vorteile des Krieges zu rüsten; sie möchte die Auswüchse des Terrors beschneiden, die schon die bürgerliche Öffentlichkeit der ausländischen Kapitalisten, die Geld hergeben sollten, beunruhigen, aber den Terror im Lande zur Ausübung der brutalen Gruppenherrschaft weiter aufrechterhalten; sie möchte die Bauernschaft, die den Grund und Boden der Aristokraten und Bischöfe immer flüchtiger fordert, beschlagnahmen, aber die großen Grundbesitze nicht antasten. Sie möchte die Produktivität der industriellen Arbeit erhöhen, dehnt aber die Arbeitszeit aus, brückt die Löhne, schafft die Arbeitslosenunterstützung ab, kann die Bauernschaft nicht ernähren, nimmt ihr mit den entsetzlichen Verfolgungen die letzte Spur der Arbeitsfreudigkeit und zieht in ihr systematisch den Gang zur Massenabotage groß. Sie möchte den unerträglichen Beamtenapparat und die Zahl der nicht arbeitenden, aber vom Staate auszuhaltenden Menschen — mehr als eine Million auf eine Bevölkerung von nicht ganz acht Millionen — abbauen, aber diese sind ihre einzige Stütze in der bürgerlichen Bevölkerung; sie möchte den Juden ihr Hab und Gut, ihren Grundbesitz, ihre Häuser, ihre Geschäfte und Fabriken abnehmen, hat sich aber als die Stütze der bürgerlichen Eigentumsordnung konstituiert und ist auf die Hilfe des jüdischen Großkapitalisten angewiesen. Sie nimmt den kleinen jüdischen Kapitalisten ihre Schanklizenzen in den Dörfern, prügelt die jüdischen Studenten aus allen Schulen, überprüft die an eine staatliche oder Gemeindefongestione gebundenen Rechte zum Tabakerschleß, verpfändet aber alle Produktivkräfte des Landes den einheimischen und fremden jüdischen Großkapitalisten. Sie will die Rechtsordnung im Lande herstellen und löst die ganze staatliche Macht in ein Durcheinander von Gewalt, Putschen, Intrigen, beschützenden Gruppen und Terrororganisationen auf, hebt jegliche Verwaltung, jede staatliche Autorität auf und treibt so zu dem vollständigen Zusammenbruch zu.

### Die Organisation des Terrors.

Um die Größe seiner Macht und seine tiefe Verankerung in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen des konterrevolutionären Landes begreifen zu können und ein richtiges Urteil über die von der ungarischen Regierung unternommene, aber schmächtig zusammengebrochene Scheinoffensive fällen zu können, ist es notwendig, die hauptsächlichsten Organe des Terrors Revue passieren zu lassen.

Seine Organisationen sind:

1. Die sogenannte nationale Armee in ihren Offizieren und Berufsoffizieren, in der neben den alten I. und I. Soldaten die Landsknechte aller gegenrevolutionären Armeen, die Leute von Fischer und Denikin, von Kapp und Wrangel aufzufinden sind.
2. Die von ihnen abgesonderten sogenannten Detachements, deren Zahl 30 beträgt, das sind ausgesprochene Offi-

Mersbachsklone, die ihre vorgeschobenen Posten in allen Gemeinden und Dörfern des Landes besetzen. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Niederhaltung des inneren Feindes, die Spionage, die Kontrolle der Polizei und der anderen nicht genügend verlässlichen öffentlichen Gewalten; Verwaltung, Ernährungsdienst, Gerichte, Zensur, die alles untersteht ihnen. Hellas, Brann, Odenburg, Zantsoich, Sabarecy sind die berüchtigtesten Anführer dieser Bänder.

3. Kovce, eine Offiziersvereinigung, unter der Leitung des Hauptmannes Cimbbs, des Vertrauensmannes von Horth, in der dienende und nichtaktive Offiziere niederen Grades vereinigt sind, zu dem Zweck, das politische Leben besonders der selbstständigen Regierungen jenseits des kleinen Landwirts unter die Kontrolle der Offiziere zu bringen.

4. Knykosi, eine Vereinigung der höheren, für die Kontingentsrevolution abgestellten Mannern wünschenden Offiziere, unter der Leitung eines blutdürstigen, berüchtigten Soldatenführers, des Generals Kutafsch; Knykosi ist die Offiziersvereinigung der sogenannten Ordnungspartei des weißen Terrors.

5. Brachialformation der studierenden Jugend beiderlei Geschlechtes, eine Verbindung zur militärischen Kontrolle des ganzen Schulbetriebes und Kulturlbens; sie vertritt darüber, wer auf eine Hochschule als Hörer aufgenommen, welche Universitätsprofessoren ihres Amtes enthoben, welche Akademiker aus der Liste der Akademie der Wissenschaften gestrichen, welche Autoren auf den Theatern gespielt werden und über vieles andere noch.

6. Die „Erwachenden Ungarn“, eine große gesellschaftliche Vereinigung, deren Leitung in den Händen von berühmten Offizieren und von Vertretern der bestauntesten Intelligenz und der dem Terrorregime offen ergebenen öffentlichen Beamten ist. Dies ist eine politische Organisation zur Kontrolle des ganzen politischen Lebens, sie ist die eigentliche Regierung, die auch über den allergrößten Teil der Detachements verfügt, an deren Räuberzügen und Exzessen sie direkt materiell interessiert ist, deren Mitglieder eine bevorzugte Versorgung mit Lebensmitteln genießen, ein Vortritt auf alle freiverwendbaren Stellen, auf die den Juden abgenommenen Wohnungen, Wirtschaften, Tabaktrafik, Kinovorstellungen haben, die den politischen Parteien ihre Parolen vorschreibt, die das Bindeband zwischen dem militärischen und bürgerlichen Terror herstellt. Der Verein der Erwachenden Madjaren ist die mächtigste Organisation des bürgerlichen Terrors und gleichzeitig das Refektorium, das alle Offiziere aufnehmen wird, die jetzt nach der Restituirung des Friedensvertrages zum Schein abgerufen werden. Der Verein hat schon vor einigen Wochen eine allgemeine Mobilisierung seiner Mitglieder vorgenommen, mit der militärische Reorganisation verbunden war und die die Wirkungen einer eventuellen Abstellung der Offiziersarmee schon in vorhinein paralysiert hat.

#### Die Terrororganisationen und die Wiedereinführung der Monarchie.

Diese Organisationen sind die eigentlichen Träger der politischen Macht in Ungarn. Die Regierung ist die Gestaltlosigkeit, die Nationalversammlung das dem Ausland gegenüber so notwendige Paravent ihrer Herrschaft; die meisten Abgeordneten sind Mitglieder des Bezels, die anderen stehen unter dem Druck ihrer Drohungen, ihrer Täuschungen. Nun ist ein Land, wie das heutige Ungarn, zu klein und zu arm für so viele Terroristen, die alle nicht nur leben, sondern auch sehr gut zu leben wünschen. So entsteht ein Kampf zwischen diesen verschiedenen Terrorgruppen und dieser Kampf der einander bekämpfenden Gruppen wird dann von den unter der Leitung eines Detachement-Hauptmannes, Rittermeister Komza, stehenden ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus als die Aktion der ungarischen Regierung zur Herstellung der Rechtsordnung für das hochhochwürdige Ausland dargestellt. Mit diese Gruppen verfolgen außerdem eine gesonderte Politik in der Frage der monarchistischen Restauration. Es gibt nicht weniger als elf Thronpräsidenten; einige von ihnen wollen wahrscheinlich nichts mit der ganzen Sache zu tun haben, so ein keltischer und ein holländischer Franz, aber nichtdestoweniger haben sie ihre Gruppen, die ihren Namen auf ihre Fahne geschrieben haben. Der Verein der Erwachenden Ungarn ist für die Thronbestellung des Erzherzogs Josef, eines halben Jbloten und Soldatenführers; das Detachement Odenburg und seine Zweigabteilungen und eine Sektion der Erwachenden sind die Legationisten und wollen den Französer (den ehemaligen Kaiser) zurückbringen; die berüchtigtesten Detachements Proano-Hellas sind für Horth. Wie nach der Niederschlagung der Kommune von 1871 die Chambre des ruzars (Kammer der Landjunker), trotz ihrer überwältigenden monarchistischen Mehrheit infolge des Kampfes der verschiedenen Thronpräsidenten nicht dazu kam, die Monarchie aufzurichten, so ist es möglich und jedenfalls sehr wünschenswert daß auch in Ungarn, wenn auch nur als ein Verlegenheitsprodukt, die Republik aus dem Kampfe dieser Gruppen hervorgeht.

#### Die Wandlungen des weißen Terrors.

Der Zweck des weißen Terrors bei seiner Geburt war, das Hochgefühl der ganzen besitzenden Klasse zu befriedigen, die Arbeiterbewegung niederzuwerfen, die Entmutigung der Arbeiterschaft, ihre durch Mord, Tötung und Einkerkelung ihrer Führer entstandene Desorientiertheit zur Schaffung einer gelben Arbeiterbewegung auszunutzen. Ihre Träger waren Kapital, Großgrundbesitzer und die hohe, militärische und bürgerliche Bureaucratie, ihr Ziel der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft und der Schutz des Feudalismus. Dieser ganze Plan ist an seinem ökonomischen Widerstand zusammengebrochen. Darauf würde der jüdische Kapitalismus preisgegeben und man ging nach der Niederwerfung der Arbeiterschaft an die Ausrottung des jüdischen Einflusses auf Wirtschaft, Politik, Kultur und alle Zweige des öffentlichen Lebens. Der Träger dieser Spielart des Terrors ist das Kleinbürgertum: der Adokat zeigt seinen jüdischen Konkurrenten an, daß er sich kommunistischer Intrigen schuldig gemacht hat; er wird eingekerkert oder interniert, der christliche Krämer fordert die Uebertragung der Warenverteilung an christlich-nationale Organisationen, der öffentliche Beamte die Ueberprüfung der Haltung seiner Kollegen während der Revolutionen; es werden in jedem Amte „Rechtfertigungsausschüsse“ eingesetzt, die zuerst die Juden, dann bald aber alle unbehaglichen Vordermänner auf die Straße setzen; es wird ein Gesetz durchgedrückt, das alle jüdischen Studenten vom Hochschulstudium ausschließt. Macht sich irgendwo ein Widerstand geltend, dann treten die Erwachenden oder die Detachements in Aktion, sie prägen die Leute, demolieren Geschäfte und Institutionen, verschleppen und töten einige andere und damit ist der Widerstand gebrochen. Wer bald stellt sich heraus, daß auch mit diesen Methoden nicht alle unter- und vorwärtsgebracht werden können, die stillen oder in kleinen Stellungen sind, daß Not und Elend weiter wachsen, daß mit Schanzjüngern und Sturmweibern die Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufgehoben und das Elend einer verarmten, besiegten Nation nicht abgeschafft werden kann. Mittlerweile haben sich die Organisationen des Terrors ver- selbstständigt, sie sind für sich Selbstzweck geworden. Ihre

Reihen schwellen immer mehr an: Zehntausende Offiziere, und aus den von Ungarn abgetrennten Gebieten strömen Zehntausende, ja Hunderttausende Beamten und Intellektuelle, Kleinbürgerliche Existenzen aller Art, nach dem verkleinerten, verarmten Ungarn. Es rückt sich hier die alte nationalistische Politik der Madjaren: in Siebenbürgen, in der Slowakei, im Banat waren nur madjarisch-nationalistische Beamte und Intellektuelle gebildet, die des Volkes Sprache nicht nur nicht verstanden, sondern die die Werkzeuge der unzulänglichsten, einnationalistischen Politik waren. Sie müssen jetzt, da diese Gebiete an die neuen Nationalstaaten kamen, fort, kommen als Märtyrer der nationalen Sache nach Budapest. Niemand nimmt sich dort ihrer an, niemand kann ihnen helfen — außer den Offizieren, die wissen, daß ihrer morgen dasselbe Schicksal harret, wenn geordnete Zustände kommen, wenn abgerufen wird. Sie reihen eine Anzahl von den Verbrechern in ihre Organisationen ein und verwenden die übrigen als Ferment, zur Schürung immer neuer Unruhen, zur Stellung immer exorbitanteren Forderungen, Helfen aber können sie ihnen und auch sich selbst nur durch Raub, Exzessen, Brandschlagung. Der Terror streift nun alle sozialen und politischen Verbände ab: er wird zum Instrument des ganz gemeinen Verbrechens. Heute ist er hier angelangt. Auf dieser Entwicklungsstufe ist sein Träger die mit dem Verbrechertum verknüpfte und ihm in so vielen Wesenszügen verwandte deklassierte Intelligenz, die gefährlichste Spielart des Lumpenproletariats. Er untersteht sich von dem Betrugentum der früheren ungarischen Jahrgänge nur dadurch, daß er nicht im Bakonnerwalde, sondern in den Städten ausgeübt wird, dann durch die Zahl seiner Verübten und dadurch, daß der Staat nicht gegen ihn ist, sondern daß er sich alle staatlichen Institutionen untertan gemacht hat, daß diese Räuber-, Exzessor- und Mörderbände — eben der christlich-nationale ungarische Staat selbst ist

## Kommunisten-Parteitag.

Berlin, 5. Dezember.

Dem Vereinigungsparteiitag der beiden kommunistischen Richtungen gingen am Freitag Sonntagsparteiitage voraus, die beide unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden. Es ist möglich, aber das dort Verhandelnde Vermutungen anzustellen; so viel ist indes doch klar, daß es sich um die Machtverteilung der einzelnen Gruppen innerhalb der „gemeinigen“ Partei gehandelt hat. Die Alt-Kommunisten haben ja gleich nach Halle den kommenden Brüdern angekündigt, daß sie in der neuen Partei nicht zu bestimmen hätten, sondern daß es nach ihrem (dem altkommunistischen) Willen gehe, weil unter den Neu-Kommunisten noch soviel Elemente seien, die keine richtigen Kommunisten sind. Um das Mißtrauen gegen die Neu-Kommunisten zu zerstreuen, hat Däumig in einer gemeinschaftlichen Veranstaltung in Berlin dann für sich und seine Freunde um Nachsicht gebeten, da sie sich bemühen wollten, richtige Kommunisten zu werden. Wie sich die Macht in der „gemeinigen“ Partei verteilen wird, das wird sich bei der Wahl für die kommenden Stellen zeigen.

Am Sonnabend begann dann im großen Saal des Lehrervereinshauses der Vereinigungsparteiitag. Um nach außen den Eindruck zu erwecken, daß die kommunistische Bewegung Deutschlands eine große Macht darstelle, haben die von der USP Abgeordneten einen großen Delegierten-Apparat aufgebaut und Stoecker hat behauptet, sie hätten von der USP mehr als 400 000 Mitglieder mitgenommen. Wer die Mittelteil kennt, wird diese Behauptung mit verständnisvollem Lächeln aufnehmen, weiß man doch, daß es nach dem bekannten Rezept geschieht: Korn viel Getreide und hinten wenig Soldaten.

Auch die Worte von Braß, daß sich der größte und beste Teil der USP mit den Alt-Kommunisten vereinigen, kann man mit ähnlicher Gelassenheit hinnehmen, zumal da sich in nicht allzu ferner Zeit zeigen dürfte, was hinter dieser großen kommunistischen Partei steckt, sobald sie wahr machen müssen, was sie immer sagen.

Auch mit der ausländischen Vertretung aus England, der Schweiz, Holland, Ungarn und der Tschechoslowakei sucht man der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Es handelt sich dabei um Vertretungen von soviel kleinen Gruppen, daß von einer eigentlichen Vertretung nachher Teile der Arbeiterschaft überhaupt keine Rede sein kann. Den Franzosen Froillard und Cahin ist von der Regierung der Pash verweigert worden, dem dänischen Delegierten hat die deutsche Regierung die Einreiseverlaubnis verweigert.

Uebereinstimmend berichtet die Presse, daß die Stimmung auf dem Kongress ziemlich flau sei, was auch auf die Referate einen dämpfenden Einfluß ausübte. Wenn Braß, der mit viel zum Vorhinein des Kongresses gewählt wurde, absteigend die Versammlung sei auf das Diktat von Moskau hin erfolgt, so wird er in der Öffentlichkeit damit wohl wenig Gläubige finden.

Und, der das Hauptreferat hatte, suchte durch große Worte über den mageren Inhalt hinwegzutäuschen. Ober ist es nicht Braßerei zu sagen: Dieser Parteiitag sei ein ungeheures Ereignis in der Geschichte des deutschen Proletariats. Dabei muß er selbst auf die Zerkerungserscheinungen hinweisen, die augenblicklich in der kommunistischen Bewegung Deutschlands vorhanden sind. Von diesem Parteiitage, so meint Levl, werden die Anregungen ausgehen, gleiche Parteiitage in der Schweiz, Frankreich und Italien zustande zu bringen. Daß der Kapitalismus fertig ist und die Kommunisten sehr bald die Herrschaft in Europa antreten, dafür führt er als Beweis an, daß Amerika nicht die Kapitalien hergeben könne, die Europa brauche, weil es eben selbst in der schwersten Krise seiner ganzen Wirtschaftsgeschichte stehe. Wenn es jetzt heißt, es gäbe Kredite, so seien das nicht Rohstoffe, sondern Wertentwerbe, die den Rest der deutschen Produktion tot machen. Europa werde in der Welt wirtschaftlich immer mehr isoliert, so daß es zugrunde gehen müsse. Dann begab er sich auf das politische Gebiet und sprach vor dem Mikroskop von Randstaaten, die Frankreich nach dem Osten vordringen habe; England aber verteidige eine andre Linie, die Ostlich von Sowjetrußland verlaufe. Der Zweck dieser Politik sei aber, die Sowjetrepublik zu erdrücken. Um aber zu zeigen, daß diesen kapitalistischen Mächten ihr Blau nicht gefalle, sagt Levl: „Es gibt heute kein Land der Welt, wo nicht bei jedem Hammerhieb, der fällt, bei jedem Seufzer eines Arbeitlosen bei jedem Stöhnen einer Mutter, die ihr Kind dahinsiechen sieht, dahinterstände der Gedanke an Sowjetrußland.“ Die Internationale der Unterdrückten aber — das soll nämlich die Leninische Sektensinternationale sein — sei heute schon eine Weltmacht in der auswärtigen Politik; diese Internationale müsse alle unterdrückten Völker von Irland bis Indien zusammenfassen. Nicht uninteressant ist das Geständnis Levlis, daß die deutschen Kommunisten bloß der Arm sind, der dem Kopf Moskaus zu gehorchen hat. Um sich aber nun einen guten Abgang zu sichern, erinnert Levl an Karl Liebknecht und an Rosa Luxemburg. In diesem Augenblick weiste der Geist dieser beiden großen Toten bei dem Parteiitag und er rufe zu neuen Taten auf.

Das Referat Däumigs bewegte sich zunächst in Angriffen gegen die SPD und unsere Partei, besonders aber gegen die Sozialreformbestrebungen. Auch hier wiederholte er nur in ver- dünnem Aufzuge, was schon hundertmal in der roten Fahne ge- standen hat. Die Stimmgebung und die Zusammenfassung des Reichstages machte große Fortschritte und trübte nur sozialen Revolution. Um diese Revolution zu verhindern, werde versucht, die Arbeiterschaft zu korrumpieren. Sie gegen müsse die

APD ihren Hauptkampf führen. Aus dem Däumigischen Referat ist noch hervorzuheben, daß Däumig den Mut hatte, zu befehlen, die Kommunisten beabsichtigen die Gewerkschaftsbewegung zu zerstören. Und das trotz des sich täglich häufenden Materials.

Die Debatte brachte nichts Wesentliches von den Referaten Abu ergehendes, nur der Delegierte aus Oberösterreich legte mit seiner Frage, wie sie sich bei der Abstimmung in Oberösterreich verhalten sollten, Levl böse hinein. Denn dieser gab nämlich den Rat, sie sollten Stimmzettel für — Sowjet-Rußland abgeben. Ebenfalls hätte er ihnen raten können, Stimmzettel für den Mann im Mond abzugeben.

Klara Zerkin brachte zwei Resolutionen ein, deren eine die übliche Sympathie-Erklärung für das Leninische Rußland enthält, und die andre die Sympathie für die Opfer des Horth-Regiments in Ungarn. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sollen 749 Delegierte der Neu-Kommunisten und 136 der APD, anwesend sein. Wieviel Mitglieder mögen da wohl auf einen Delegierten kommen?

In der Sonntagsparteiitag wurde das von der APD versuchte Agrarprogramm beraten. Thalheimer referierte darüber. Er forderte die Entziehung des Großgrundbesitzes, die Kollektivierung der Privatgüter und der Fideikomisse. Der Gutssatz solle durch genossenschaftliche Leitung die Großbetriebe übernehmen. Die kleineren und mittleren Betriebe sollen Eigentum der Bauern bleiben. Daß die deutschen Kommunisten nicht wissen, was in Rußland los ist, das zeigte Thalheimer mit seinem Ausdruck, die Agrarfrage könne nicht innerhalb Deutschlands gelöst werden, sondern auf dem Wege über Sowjet-Rußland, das heißt also mit andern Worten, die deutschen Länder seien sollen auch an ausländische Kapitalisten verpachtet werden, wie dies in Rußland geschieht. Dieses merkwürdige kapitalistische Agrarprogramm wurde angenommen. Adolf Hoffmann machte zwar einige Vorbehalte, daß es nicht ideal sei, aber das hat nichts zu sauen. Auch die Hängerel und Körperel in Rußland findet er nicht ideal.

## Eine neue Kampfanlage der Reaktion.

In der preussischen Landesversammlung hat am Freitag der deutsch-nationale Abgeordnete von der Oden der preussischen Regierung in der schärfsten Form den Kampf angefaßt. Er verteidigte in einer äußerst herausfordernden Rede die reaktionäre Orgesch-Organisation, die bereits über eine Million Mitglieder habe und bestehen bleibe, gegen die Angriffe von links und gegen die Bekämpfung durch die Regierung. Die Regierung sei zu schwach, da müsse der Selbstschutz einsehen. Mit echt junkerlicher Rücksichtslosigkeit pliff er auf die Verordnungen der Regierung und erklärte: Die Organisation Eiserlich bleibe solange bestehen, als den Folgen bolschewistischer und sozialistischer Herrschaft entgegengetreten werden müsse.

Obwohl also die Orgesch nach den Bestimmungen der Regierung aufgelöst ist, erklären die preussischen Junker und ihre reaktionären Bundesgenossen der Regierung mit aller Offenheit: Ihr könnt verordnen was ihr wollt, wir machen was wir wollen, die Orgesch bleibt bestehen. Und was sagt die preussische Regierung zu dieser Herausforderung? Der Minister des Innern, der Rechtssozialist Severing, sagte darüber, daß die Deutschnationalen mit ihren fortgesetzten Angriffen die Autorität der Regierung noch völlig untergraben. Severing fand zwar scharfe Worte gegenüber v. d. Oden. Er bemerkte auch, daß selber Aussprüche, wie sie v. d. Oden gebrauchte, als Vorbereitungen zum Hochverrat angesehen worden seien, er sagte aber nicht, was die Regierung nun gegen das hochverräterische Treiben der Organisations- und Vertriebs der Orgesch unternehmen werde. Severing hat damit die Ohnmacht der Regierung offen ausgegeben. Für die Arbeiterschaft bedeutet dieses Eingeständnis erneut die erste Mahnung, daß sie, die in diesem Kampfe gegen die antirömische Reaktion ganz auf sich allein angewiesen ist, nun erst recht alle Kräfte sammeln und anspannen muß, um dem Aufsturm der Gegenrevolution gerüstet entgegenzutreten zu können.

## Neue bayerische Waffenschiedungen nach Tirol.

Die Innsbrucker Volkszeitung meldet am 2. Dezember: „Besten vormittag 10 Uhr lief ein mit Maschinengewehren, Revolverkarbonen, Scherenfernenrohren und wertvollen Büchern beladener Waggon mit dem von Rustein kommenden Zug ein. Als Aufgeber erscheint die kuffsteiner Expeditionskommando Reel, als Empfänger Signore Cavaliere Alf. Vincenzo Taburet, Piazza aracoeli 5 in Rom. Der Inhalt war als Gefandtschaftsgut — 18 Kisten mit Akten und Büchern — angegeben. Die Innsbrucker Postzeit beschlagnahmte die Ladung. Ueberaus bemerkenswert ist, daß der Waggon Waffen bereits als postbekannt in Innsbruck angekommen ist. Es muß also irgendein Organ des bollamts Rustein von dem Schmuggel Kenntnis gehabt und im vollen Bewußtsein, damit die beschworene Amtspflicht zu über- treten, den falsch deklarieren Waggon mit den notwendigen Papieren versehen haben. Die Waffen waren natürlich nicht für die fingierte römische Adresse bestimmt, sondern wie alle bisherigen Waffenschiedungen für die Tiroler Heimatwehren, die Unterabteilungen der bayerischen Orgesch sind. Die Innsbrucker Volkszeitung bemerkt dazu, daß die Arbeiterschaft Tirols eigene Maßnahmen wird treffen müssen, um künftigen Waffenschmuggel zu verhindern, da von der gegenwärtigen Regierung ein Einschreiten gegen die Eiserliche nicht zu erwarten ist.“

## Die Balkanländer rüsten!

Ein junger Mann aus Dschagh war im Vorjahr unter die Balkantruppen geraten. Nach seinem Auscheiden aus der Hochverrätergarde hielt er sich eine Zeitlang bei seinen Eltern auf, jetzt arbeitet er in Norddeutschland. Dieser Tage bekam der Vater des jungen Mannes folgenden für seinen Sohn bestimmten Telegrammtext:

Seren Karl Wärlsch.

Dschagh.

Ev. Hochwohlgebornen Mitarbeit nicht unerwünscht. Wladimir C. B. O. 7 H. 8 Neu Wei. Stillschweigen erfolgt Ein- reihung unter Zeichen 0327.

Dmeijan-Gesellschaft Bremen.

Deutlich ist aus diesem Schreiben erkennbar, mit welcher steter- hafter Anstrengung die Reaktionen an der Vorbereitung eines neuen Bolschewistischen arbeiten. Der Reichskommissar für öffent- liche Ordnung und Sicherheit fände hier ein fruchtbares Betät- igungsfeld, denn ganz offenbar wird hier an der Ausflektion mili- tärisch organisierter Verbände gearbeitet, die bei geeigneter Zeit trotz des schönen Winterwinters nicht mit kalten Kesseln weilen werden. Daß jetzt schon das schöne Entwaffnungsgesetz und die „Objektivität“ des Entwaffnungskommissars. Der Reichs- kommissar für öffentliche Ordnung wird natürlich ebensowenig etwas zur Bekämpfung der Bolschewisten tun, wie die Staatsanwaltschaft.

In der Arbeiterschaft liegt es, dafür zu sorgen, daß die Bäume der Reaktionen nicht in den Himmel wachsen. Das geschieht am besten dadurch, daß die Arbeiterschaft sich selbst zusammenschließt und ihre Organisationen ausbaut. An ihrem einigen kampffähigsten Willen werden alle sinkenden Pläne der Bolschewisten endgültig zerfallen.

## Reaktionäre Pressekorruption.

Unser Düsseldorf-er Parteiblatt bringt eine Zusammenstellung neuer erfindlichen Materials, das ein weiteres Schlagartiges Licht auf die dunklen Nachenschaften der Kontextrevolution wirft. Mit besonderem Eifer scheint sich die Reaktion auf die Presse zu werfen. Eine großzügige Nachrichtenorganisation soll die gesamte Presse unter ständiger Beeinflussung halten. Especially hat hierüber nähere Bestimmungen erlassen die in Bayern bestehende Erbsch-Korrespondenz Nr. 1, und nach dem aufgefundenen Bericht eines Vertrauensmannes besonders großer Einfluss auf die bayrischen Provinzialblätter. Einer ihrer Artikel soll in nicht weniger als 100 Blättern abgedruckt worden sein.

Diese Nachrichtenbureau unterhalten im ganzen Reich Pressevertreter und suchen, auch mit Telegraphenbureaus in Verbindung zu kommen. Auch auf die Ausbildung von Rednern wird großer Wert gelegt. Ebenso sollen Theater, Kinos usw. für die Orgesch dienstbar gemacht werden.

Reichshauptmeister der Orgesch ist der Generalkonzeptionsrat von Watter, von dem unser Hagener Parteiblatt kürzlich mitteilte, daß er am 21. November aus Richtung Köln kommend in Münster eingetroffen und von zwei Lugosautos mit Reichswachtstaffeln abgeholt worden ist. Offenbar scheint oder will man in Münster nichts von dem von der badiischen Regierung gegen Watter erlassenen Haftbefehl wissen.

Neuerdings breitet die Orgesch ihre Einflußsphäre auch auf das besetzte Gebiet aus, wie sie überhaupt ein immer enmaschigeres Netz über Deutschland zu ziehen bestrebt ist.

Die Pressevertreter und Vertrauensleute werden in unserm Parteiblatt mit vollen Namen und Adressen angegeben.

## Das Versagen des Völkerbundes im russisch-polnischen Krieg.

Genf, 4. Dezember. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung teilte Präsident Symans den Eingang eines Antrages der schweizerischen Delegation mit, der die Völkerbundsversammlung auffordert, den amerikanischen und europäischen Organisationen zum Zwecke der Bänderung der Leiden und des Elends der Kinder in den vom Krieg beschädigten Ländern zu Hilfe zu kommen und einen Oberkommissar zu ernennen mit dem Auftrage, die Mittel zu prüfen.

Barnes verlangte sodann Auskunft über die Haltung des Völkerbundsrates im polnisch-russischen Konflikt. Er wünschte zu wissen, ob der Rat gewillt sei, die im Frühjahr zu erwartende Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen Polen und Rußland zu verhindern. Es sei Pflicht des Rates, die Gefahr eines neuen polnisch-russischen Krieges zu beseitigen. Bourgeois, Frankreich verweigerte darauf, daß eine Intervention nur dann erfolgen könne, wenn eine der kriegführenden Mächte sie verlange. Baderewski-Polen nahm sein Land gegen die Vorwürfe in Schutz, es habe mutwillig Krieg geführt, und betonte, daß Polen, wenn der Friede mit Sowjetrußland zustandekomme, genau seine Verpflichtungen innehalten werde. Kansen-Norwegen erklärte, er glaube im Namen aller zu sprechen, wenn er Polen seine Sympathie ausspreche. Er betonte, daß im April die Möglichkeit zu einer Intervention im polnisch-russischen Konflikt gegeben gewesen sei, aber leider habe weder der Rat, noch hätten die Völkerbundsmitglieder eine energische Intervention unternommen. Eine solche Intervention hätte jedenfalls nichts geschadet, und Polen hätte durch den Abschluß eines Friedens zu jenem Zeitpunkt nur gewinnen können. Die Aussprache endete ohne eine Abstimmung, nachdem Präsident Symans der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß Barnes nicht eine Abstimmung über seine Entschließung verlange, da sie seinen eigentlichen Antrag, sondern nur eine Anfrage darstelle.

### Beginn der Zerlegung.

New York, 3. Dezember. Associated Press meldet aus Buenos Aires, Argentinien erwäge seinen Austritt aus dem Völkerbund, da es der argentinischen Delegation nicht möglich gewesen sei, die Zustimmung der Völkerbundsversammlung zu den Vorschlägen Argentinien zu erzielen.

Genf, 5. Dezember. Die argentinische Regierung teilte gestern dem Präsidenten der Völkerbundsversammlung, Symans, mit, daß Argentinien von heute an seine Mitarbeit am Völkerbund einstellen werde.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Berliner Morgenpost berichtet: In den Kreisen der Völkerbundsversammlung nimmt man an, daß anders mittel- und südamerikanische Staaten sich dem Vorgehen Argentinien anschließen könnten. In den Kreisen, in denen man noch hinter allem die deutsche Hand zu sehen meint, glaubt man auch in diesem Falle an mysteriöse Zusammenhänge mit Deutschland. In diesen Kreisen hofft man, daß selbst wenn Argentinien ein oder zwei andere Staaten folgen sollten, die Existenz des Völkerbundes dadurch nicht gestört wird.

## Die Lage im Osten.

Vorbereitungen für einen neuen russischen Feldzug gegen Polen? Paris, 4. Dezember. Wie der Sonderberichterstatter der Chicago Tribune in Genf meldet, erklärt die polnische Delegation, bestimmte Nachrichten zu besitzen, wonach bolschewistische Streitkräfte in Stärke von 600 000 Mann sich zu einer neuen Offensive gegen Polen bereitmachten. An der gallischen Front, zwischen Wladimir Podolski und der rumänischen Grenze, würden 50 bolschewistische Divisionen zusammengezogen, während in dem Abschnitt gegenüber dem Bukowinengebiet von Wlaka 150 000 bis 200 000 Mann ständen.

Wrangel als Werkzeug russisch-französischer Kapitalisten. Kopenhagen, 4. Dezember. (T. U.) Der Pariser Berichterstatter des Manchester Guardian teilt aufsehenerregende Enthüllungen über die Absichten der Kräm-Regierung mit. Danach war Wrangel ein Werkzeug in den Händen einer mächtigen russisch-französischen Finanzorganisation. Diese Gesellschaft sei Anfang 1920 mit 12 Millionen Frank Kapital gegründet worden. Die letzte Offensive Wrangels sei auf Befehl der Gesellschaft erfolgt.

### Armenien eine Aterepublik?

London, 4. Dezember. Einer drahtlosen Meldung aus Moskau zufolge, hat sich Armenien zur Aterepublik erklärt.

## Benin über die internationale Lage.

O. E. Auf der soeben abgehaltenen Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei in Moskau hielt Lenin eine bedeutungsvolle Rede, in der er eine Uebersicht über die internationale Lage gab. Er sagte u. a.: Der Friede mit Polen hat die Vernichtung Wrangels ermöglicht. Der Plan einer Forträumung Sowjetrußlands ist zusammengebrochen. Wir haben nun eine Atempause erlangt, die größer als je sein wird. Die internationale Revolution, welche die alleinige Bedingung unseres Sieges ist, ent-

wickelt sich nicht in jenem Tempo, wie wir, anfangs geglaubt haben. Wir kämpfen um die Bedingungen, die uns die Möglichkeit und die Kraft geben werden, diese Revolution abzumachen. Obwohl die bürgerlichen Länder im Krieg ein Mittel zur Abwehrung der revolutionären Gefahr erblickten, sind sie gezwungen, den Krieg gegen Rußland einzustellen. Neue Ueberfälle sind möglich, aber wir sind nunmehr imstande, inmitten der bürgerlichen Länder zu existieren. Dies wird uns dadurch ermöglicht, daß in jenen Ländern die Revolution herangereift ist. Ein Land, das drei Jahre gegen den Imperialismus standhält, ist unaußweichlich zu einem internationalen Faktor geworden. Indem wir Konzeptionen an Amerika gewähren, spüren wir, die Beziehungen zwischen Japan und Amerika zu. Wir werden diese Zulassung in unserem Interesse ausnutzen. Durch Unterzeichnung der Konzeptionen erlangen wir einen materiellen und moralischen Sieg über die bürgerlichen Länder; diese sind, statt uns zu bekriegen, gezwungen, unsere Lage zu festigen. Wir müssen diese Konzeptionen unterschreiben, weil ein Land allein nicht den Kapitalismus der ganzen Welt stürzen kann. Die Vorgänge im Kaukasus werden möglicherweise zum Kriege führen, der für uns dank unserer überlegenen Kräfte gänzlich ausfallen wird. Bei Schilderungen der inneren Lage Sowjetrußlands stellte Lenin eine Besserung fest. „Es genügt nicht“, sagte er, „die Macht an sich zu reißen, man muß ein Musterbeispiel staatlichen Aufbaus geben und muß beweisen, daß das Proletariat sich nicht nur seiner Haut zu wehren, sondern auch aufzubauen versteht. Wenn wir dies nicht zu tun vermögen, werden keinerlei militärische Erfolge uns helfen. Wir werden dann zum Alten zurückkehren. Wir müssen das Leben der Bauernschaft auf neuen Grundlagen aufbauen. Hierzu ist ein einheitlicher Plan nötig. Seine Voraussetzung wird die Elektrifizierung Sowjetrußlands sein.“

## Vom englisch-irischen Kampfplatz.

Aus Cork wird gemeldet: Eine Anzahl von der Ueberführung der vor wenigen Tagen ermordeten 17 Polizisten in einem Kraftwagen heimkehrende Polizeibeamte wurden unterwegs heftig beschossen. Sie entkamen durch schnelles Fahren. — Infolge der gegen die Anschläge der Stunfener getroffenen Vorsichtsmaßregeln patrouillierten Polizeiboots den ganzen Tag auf der Themle. Die Bank von England wird von einem starken Polizeiaufgebot bewacht. Auch das Hauptpostamt und die Museen haben starke Wachen erhalten. Den Mitgliedern des Kabinetts ist angetragen worden, vorläufig keine öffentlichen Reden zu halten. — In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß zur Zeit zwischen der Regierung und den Sinnfeinern eine Verbindung hergestellt werde. Es erscheine außer Zweifel, daß der gegenwärtig in Irland befindliche Arbeiterführer Henderson von Lloyd George den Auftrag erhalten habe, etwaige Friedensmöglichkeiten zu erörtern.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Kommunistische Mustereemplare.

Der bekannte günstige Wind wehte einem Mitarbeiter der Freiheit folgende Einladung zu einem Diskussionsabend auf den Tisch:

Berein Berliner Kaufleute und Industrieller  
Berlin SW 68, Lindenstraße 1 (Ecke Belle-Alliance-Platz).  
Im November 1920.

Der nächste Diskussionsabend findet am Dienstag, dem 30. November 1920, abends 7 1/2 Uhr, im großen Sitzungssaale des Vereines Deutscher Ingenieure, Sommerstraße 1a, statt.

Thema: „Meine Reiseindrücke in Rußland und meine wirtschaftlichen und politischen Konzeptionen, die ich hieraus gezogen habe.“  
Referent: Wilhelm Schumacher, 1. Bevollmächtigter des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes, Verein Berliner Kaufleute und Industrieller.  
Einlich, Vorsitzender.

Da der mit der Einladung Beglückte es nicht für möglich hielt, daß ein Arbeitervertreter und noch dazu ein Kommunist vor dem Groß-Berliner Unternehmertum sich bereitwillig bloßstellen würde, folgte er der Einladung und erlebte, daß der von der Berliner Gewerkschaftskommission nach Rußland mitentandene 1. Bevollmächtigte des Schneiderverbandes, Schumacher, vor den Vorhüllern der Groß-Berliner Unternehmerschaft das aus Arbeiterversammlungen satfam bekannte Referat über die Verhältnisse in Rußland hielt, nur mit dem Unterschied, daß er diese Verhältnisse in diesem Kreise nicht so rosig zu schildern wagte, wie vor Arbeitern.

Die sich an Schumachers Referat anschließende Diskussion ergab im allgemeinen eine dankbare Anerkennung der von Schumacher „seiner gut gemeinten Ausführungen“, ohne daß jedoch auch nur ein einziger Diskussionsredner den angeführten Tatsachen-Berichten Schumachers Glauben schenkte. Insbesondere Geheimrat von Boritz verpöbelte die von Schumacher besonders über das russische Verzehrgewesen gemachten Angaben. Ein anderer Redner betonte, daß er durch diesen Vortrag davon überzeugt sei, daß die Wirtschaftsweise in Rußland durch den Kommunismus nicht in Gang gebracht werden könne und nun erst recht gegen den Kommunismus vorgegangen werden müsse.

In einem sehr schwachen Schlusswort konnte Schumacher der Gegenseite Vorzugs nicht entgegenreten und beschränkte sich auf allgemeine Redensarten, die wirkungslos verhallten. Dieser „Revolutionär“ zeigte vor den Gegnern der Arbeiterklasse keinerlei Mitleid.

So weit die Mitteilungen der Freiheit, die da zeigen, daß in gewissen Kreisen, die sich sogar führende nennen, gar kein Gefühl für proletarische Würde vorhanden ist. Was würde wohl geschehen wenn einer der „Hilfsdinge“ so etwas getan hätte?

Und als Ergänzung dieses „Falles“?  
Das Zwickauer Volksblatt druckt einen Brief ab, den der Gründer der kommunistischen Arbeiter-Union in Zwickau, Bruno Seifert, aus dem Untersuchungsgefängnis geschrieben hat. Der Brief lautet:

Zwickau (Sachsen), den 20. 10. 20.  
Gefängnisanstalt.  
Sehr geehrter Herr Schlichtmeister!  
Sie werden höflichst entschuldigen, daß ich Sie mit einem Briefe belästige.

Ich, Bruno Paul Seifert, der frühere Betriebsrat des Vertrauensschichtes, ich muß mein Vorgehen damals bedauern, ich hab mich bis dato als Mittel zum Zweck für andre benutzen lassen, bin nun dadurch, daß meine Familie den Schaden hat, zu einer andern Ueberzeugung gekommen. Bitte Herrn Schlichtmeister und Herrn Generaldirektor Lobst nochmals höflichst um Entschuldigung. Ich würde mich zum Dank wenn Herr Generaldirektor mich als Gubenarbeiter in einen seinen Betrieben, beruflichen Schicht einstellen würde, haben die Herren meistens die Rücksicht zu meiner Familie, also frange Frau fünf Kinder das älteste 15 Jahr und blödsinnig. Aus Dank für die Einweisung würde ich mich ganz Ihnen zur Verfügung stellen, von jeder gewerkschaftlichen und politischen Sache würde ich mich fern halten. Ich würde Ihnen zum Dank sogar die 8 Stunden Schicht bringen.  
Hochachtungsvoll  
Ihr ergebenster  
Bruno Seifert.

Seifert sitzt jetzt in Untersuchungsgefängnis wegen Teilnahme an einer bewaffneten Expedition nach Kuznetsk, die dort eine Sowjetrepublik errichten wollte. Und wenn es nun schwebt, daß er sich bisher als Mittel zum Zweck für andre habe

benutzen lassen, so mag das nicht unrichtig sein. Die Schichten dieser Art in genügender Entfernung vom Schuß und gehen den propagierten direkten Aktionen vorzüglich aus dem Weg.

Im übrigen zeigt der Brief, daß so mancher Kommunist von heute nichts anderes ist als ein Gelber von gestern, der schon morgen sein altes Metier wieder aufnehmen bereit ist, wenn es gilt, im Kampfe des Proletariats erste Opfer zu bringen.

## Streik in der Metallindustrie Leipzigs.

15 000 Metallarbeiter im Ausstand.

Am Sonnabend fanden zwischen den Metallindustriellen Leipzigs und dem Metallarbeiterverband noch einmal Verhandlungen über die Lohndifferenzen statt. Die Unternehmer hielten an ihrem Standpunkt, die Zulagen in Gestalt von Familienzulagen zu geben, fest und bequamen sich nur dazu, die Leuerungszulagen um 10 Pfg. pro Stunde zu erhöhen, so daß die Leuerungszulagen betragen würden für Arbeiter über 25 Jahre 50 Pfg., 21—25 Jahre 40 Pfg., 18—21 Jahre 30 Pfg. und unter 18 Jahre 20 Pfg. Die Familienzulage soll jeder verheiratete Arbeiter erhalten, auch wenn noch Verdienner in der Familie vorhanden sind.

Das waren die ganzen Zugeständnisse, die noch gemacht wurden. Die Arbeitervertreter forderten eine Garantie dafür, daß die verheirateten Arbeiter nun nicht wegen der Familienzulage von der Arbeitsvermittlung zurückgestellt werden, wie die Familienväter bei der Wohnungsuche, und sie forderten, das Einkommens- und Entlassungsrecht solle in die Hände der Betriebsräte gelegt werden, um eine Garantie für eine gerechte Behandlung der Arbeiter zu haben. Das lehnten die Industriellen mit dem Bemerkens ab: „Das könnte Ihnen so passen!“

Für die Arbeiter ist dies ein Beweis, wie die Garantien der Unternehmer aussehen.

Die Betriebsräte und Funktionäre nahmen am Sonntag zu dem Angebot der Unternehmer Stellung und lehnten erneut und einstimmig das Angebot ab. Hierauf beschloßen die Funktionäre, in den Streik einzutreten. Von allen Seiten verlangten die Betriebsräte und Funktionäre, daß sofort in allen Betrieben in den Streik getreten würde. Der Organisationsleitung gelang es, die Funktionäre davon zu überzeugen, daß auch beim Streik systematisch vorgegangen werden müsse. Deshalb treten heute, Montag, nur ungefähr 15 000 Metallarbeiter in den Streik.

In einer ganzen Reihe von Betrieben sind die Forderungen restlos oder in derselben Höhe wie in Chemnitz durchgeführt worden.

Ein von der Regierung angebotenes Schiedsgericht lehnten die Unternehmer ab. Sie glaubten, die Leipziger Metallarbeiter müßten mit dem, was ihnen geboten wird, zufrieden sein. Die Unternehmer gehen auch bei dieser Bewegung und ausschließ des Weihnachtsestes, da von ihrer Seite so sehr der „Friede auf Erden“ vertreten wird, daß es ihnen nur darauf ankommt, in der Leipziger Metallindustrie immer die schlechteste Entlohnungsmethode im ganzen Reich zu haben. Die Menschlichkeit spielt bei ihnen gegenüber den Arbeitern keine Rolle.

Da nicht nur die Leipziger Metallarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft ein Interesse an der Beseitigung des gegenwärtigen ungesunden Verhältnisses in der Metallindustrie hat, ist die Arbeiterschaft in der Metallindustrie der Sympathie und der Unterstützung der gesamten Leipziger Arbeiter sicher.

Deutscher Metallarbeiterverband,  
Verwaltungsstelle Leipzig.

## Die Geschlossenheit der Angestelltenchaft beim Abwicklungsamt XIX.

Lauf Verfügung ist das Abwicklungsamt auszulösen und nur eine Zweigstelle der Intendantur mit 20 Stellangehörigen und einigen Beamten bleibt als Rest bestehen. Nach der Verfügung des Reichsabwicklungsamts müßten diese 20 Angestellten mit dem Betriebsrate ausgesucht und dabei die dienstlichen sowie die sozialen Verhältnisse berücksichtigt werden. Auf eine Unterstützung der Verwaltung des Abwicklungsamtes reichte der Betriebsrat eine Vorschlagsliste von 20 Mann unter Berücksichtigung obiger Bedingungen ein und kam nach vierwöchiger Verhandlung zu einer Einigung über 25 Mann. Nicht zur Einigung kam es wegen vier Mann, diese sind die bereits bei der letzten Kündigung nur auf Druck des Betriebsrates und durch eine separate Verfügung des Reichsabwicklungsamts übernommenen Kollegen, die jetzt wieder dem Betriebsrate angehören.

In der nun stattgefundenen Betriebsversammlung erstattete der Betriebsrat Bericht über den Erfolg der Verhandlung und sämtliche Anwesende waren mit der Art der Erledigung durch den Betriebsrat einverstanden. Nachstehende einstimmig angenommene Entscheidung zeigt die gewerkschaftliche Schulung und den Willen der Angestellten, ihre Interessenvertretung nicht durch die ehemaligen Offiziere, denen der Betriebsrat immer ein Dorn im Auge war, an die Wand drücken zu lassen:

„Die verammelten Angestellten verurteilen das Vorgehen der Dienststelle gegen die vier Betriebsratsmitglieder Baum, Barden, Böhsand und Große betreffend Nichtübernahme in die Vorschlagsliste und erkennen darin eine Maßregelung derselben.“

Sie legen das gegen die Verhältnisse der Angestellten günstigere gestellte Angestellte aufgenommen werden.“  
Die Angelegenheit wird natürlich noch den Schlichtungsausschuss beschäftigen.

## Von Nah und Fern.

„Küstenwehr“ in Tätigkeit. Schweinitz, 4. Dezember. (T. U.) Im Hafenstadtwiertel kam es zu einem Feuergefecht zwischen Militärschiffen der Küstenwehrabteilung. Die Küstenwehr glaubte, daß im Dunkel Zivilpersonen die Überfälle wolle und beschloß sich gegen sie. Dabei wurde der Oberleutnant und Batteriechef Danneberg, der als Unbeteiligter die Straße passierte, durch Schüsse und Stiche lebensgefährlich verletzt; weiter wurden zwei Soldaten durch Rauch- und Dampfschüsse schwer verwundet. Die Kommandantur hat eine Untersuchung eingeleitet.

Ueberfall auf deutsche Bergarbeiter in Oberschlesien. Beuthen, 5. Dezember. Als nach der Sitzung des in Wilsdorf tagenden Deutschen Bergarbeiterverbandes einige Bergarbeiter noch zusammenzogen, kürzte eine 60 Mann starke bewaffnete Bande in den Saal und begann ohne Umstände auf die Besammelten einzuschlagen und zu schreien. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist eine große Anzahl von Personen schwer verletzt worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Heinrich Lehner in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inseratenteil:  
Friedrich Weller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Nachrichten-Verlag, Postfach 1077, Leipzig.  
O-T. 15  
R. 15  
U. 15  
Stenografie-Schulhaus. Das System besteht aus nur 26 Zeichen und kann in 2-3 Stunden theoretisch erlernt werden. Die Lehrmethode ist durch den Stenografen Lehner in Leipzig. Die Lehrmethode ist durch viele Praktiker erprobt. Stenografischer Lehr-Verlag, Postfach 1077, Leipzig. Unterrichts durch Joh. Uhlig, Dürrenberger Str. 14, H. 2.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. Dezember.

Parteilangelegenheiten.

Ortsverein Leipzig-Kleinzschocher U.S.P. Dienstag, den 7. Dezember, abends 1/2 8 Uhr, Funktionärsführung in der Terrasse.

Nordbezirk. Dienstag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, Funktionärsführung im Adauauschank. Wichtige Tagesordnung. Die Bezirksleitung.

Thonberg-Stötteritz. Dienstag, den 7. Dezember, abends 1/2 8 Uhr, Frauen-Diskussionsabend im Restaurant Stadt Hof. Jede Stötteritzer und Hozer Straße. Genosse Lehrer Bauer spricht über die Weltliche Einheitschule.

Der Kurjus Graf findet morgen, Dienstag, abends 1/2 7 Uhr, im Gartensaale des Volkshauses seine Fortsetzung. Arbeiter-Bildungsinstitut.

Industrie-Gruppe Nr. 11. Dienstag, 7. Dezember, Sitzung im Volkshaus, Zimmer Nr. 5. Handarbeiter 8 Uhr, Kopfarbeiter 1/2 8 Uhr. — Der zweite Kursus Arbeiterrecht kann erst am Mittwoch, dem 15. Dezember, beginnen. Meldungen werden noch entgegen genommen. Gewerkschaftsamt Leipzig.

Gedanken zur Umgestaltung des Leipziger Volksschulwesens.

Von Otto Pabst Leipzig.

Das Schulwesen jedes Zeitalters ist abhängig gewesen von den wirtschaftlichen Verhältnissen und damit von den gesellschaftlichen und politischen. Nur wer die Wahrheit dieses Sachverhalts erkannt hat, wird den rechten Maßstab zur Beurteilung der gegenwärtigen Schulentwicklung finden. Wenn wir nun die durch das sächsische Uebergangsschulgesetz für das Volksschulwesen und die am 7. Mai 1919 von den Stadtverordneten beschlossene und vom Rat der Stadt Leipzig genehmigte Neugestaltung des Volksschulwesens von diesem Standpunkte aus betrachten, so müssen wir feststellen, daß diese Umordnung der Schulverhältnisse wohl gegen frühere Zustände mancherlei Fortschritte bringt, daß aber der Weg, der unserer gesellschaftlichen Entwicklung entspricht — und es ist dies noch nicht der Weg, den ein sozialistisches Schulwesen zu gehen hat — noch nicht allenthalben beschritten worden ist.

Wir stehen mitten in einer wirtschaftlichen Krise. Die Kräfte des Kapitalismus verfallen einer Zersetzung, die Kräfte des Sozialismus, die Kräfte des Sozialismus sind wegen Mangel an Erkenntnis in den Köpfen der arbeitenden Volksschichten, der Arbeiter, Angestellten und Beamten — noch nicht überall bereit, die Volkswirtschaft in sozialistischer Geschlossenheit zu übernehmen und damit ihre wirtschaftliche und geistige Befreiung endgültig durchzuführen. Alles und Neues ringen unentschieden miteinander: das Bild der Wirtschaftskrise. Daraus erwächst die Kulturkrise und daraus wieder die Schulkrise. Der Boden, auf dem also die neue Schule erbaut wird, ist Kampfgebiet und darum fortgesetzt gefährdet. Die mit ihrem ganzen Denken und Fühlen im vergehenden Staat wurzelnden Schulverwaltungen, die durch eine auf diesen autoritären Staat zugeschnittene Erziehung hervorgegangene Lehrer- und Elternschaft verhalten, die Schule im bisherigen Geleise zu leiten. Können zu Hilfe kommen ein reaktionäres Reichsparlament mit seinen Paragraphen, eine ebensoförmige Reichsregierung, deren Hauptverwandter der Vergangenheit sind, und eine kampflustige intolerante Kirche. Dagegen stehen auf der andern Seite eine immer mehr wachsende Anzahl vorwärts weisender Lehrer, die Arbeiterkernschaft und eine Volkswirtschaft mit geringer sozialistischer Mehrheit.

Nach Aufhebung dieses Tatbestandes will ich nun in Form eines Streifzuges auf Einzelheiten unserer Leipziger Volksschulneugestaltung eingehen. Bis vor zwei Jahren gab es hier dreierlei Volksschulen nebeneinander: Bezirksschulen, Bürger-schulen und höhere Bürgerschulen. Die Arbeiterkernschaft schickte ihre Kinder in die Bezirksschulen, die das niedrigste Schulgeld forderte. Handwerker, Gewerbetreibende, Kaufleute, Beamte und andre sogenannte „bessere“ Leute bezahlten für ihren Nachwuchs das höhere Schulgeld der Bürgerschule. Die vornehmen Kreise wählten die höhere Bürgerschule und zahlten ein noch höheres Schulgeld. Aber ganz exklusiv sein wollende Leute bedienten sich gar der sehr teuren Privatschulen. Das war eine rein äußerliche Trennung der Kinder nach dem Geldsack des Vaters, denn die Lehrpläne und Lehrpläne der Bezirks- und Bürgerschulen waren gleich. Nur die höheren Bürgerschulen boten auch unterrichtliche etwas mehr als die vorhergenannten, ebenso teilweise die Privatschulen. Da aber Gerechtigkeit und weniger Gerechtigkeit — im Schul-sinne — bei arm und reich zu finden sind, wird ein gescheitertes Kind einer Bezirksschule einem intellektuell unbegabten Kinde der höheren Bürgerschule oder der Privatschule nicht nachgestellt haben. Auch der Einwand, daß die Schüler der einen Schul-gattung den Schülern der andern in anständigem Betragen, Mäßigkeit und Ordnungsliebe über waren, ist nach dem Urteil der Lehrer unhaltbar.

Ich will hier nicht die vielen Gründe, die für und gegen diese Ständeschulen sprechen, alle anführen. Man darf nicht ver-

fennen, daß der tiefste Grund der Ständeschule doch der ist: die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihrer Heraushebung privilegierter, bevorzugter Menschen einerseits und Arbeitenden, Entrechteten andererseits. Die Not der letzten Kriegsjahre hämerte die letztere Erkenntnis immer mehr Köpfen in die Hirne, und das bedrohte neben vielem anderen den „inneren Frieden“. Dazu kam, daß durch die Schulgeldfreiheit für Kinder, deren Väter zum Heeresdienst eingezogen waren, die soziale Struktur der Ständeschulen verdrängt wurde — denn nun schickten eben auch Kinderbarmittel ihre Kinder in Bürger- und höhere Bürgerschulen. So bequemen sich die maßgebenden Kreise endlich dazu, die von den Lehrern schon jahrelang gefordert und selbst von liberalen Männern bestrittene „Allgemeine Volksschule“ mit der Unentgeltlichkeit des Unterrichts auch für Leipzig einzuführen und damit die Trennung der Schulkinder nach dem Vermögen der Eltern zu beseitigen.

Die Erreichung dieser Aufgabe bedeutet nun noch nicht die Erreichung des sozialistischen Zieles, sondern des liberalen. Die allgemeine Volksschule, die wir erstreben, baut sich auf einer ganz andern wirtschaftlichen Grundtatsache auf, die heute noch nicht vor-handen ist; auf dem Sozialismus.

Mißbrauch der Schulkinder.

Die Bewegung zur Beseitigung des dogmatischen Religions-unterrichts und zur Einführung einer gesunden Lebensglobe, steigt den Geisteskräften in den Gliedern. In der Bearbeitung der Eltern und auch Kinder werden deshalb von den Herrschaften alle Register gezogen. Soweit sich die Geisteskräfte dabei an die Erwachsenen wenden und ihre Agitation durch Erwachsene ausüben lassen, kann man nichts dagegen einwenden. Aber schärft zurückweisen müssen wir die Methode, die die Herren jetzt einschlagen. So schiden die Geisteskräften Lenz und Mehnert von L.-Selterhausen Schulkinder zur Agitation für den dogmatischen Religionsunterricht von Haus zu Haus. Wie als Anhänger der weltlichen Schule haben bisher streng vermieden, die Schulkinder direkt in den Meinungsstreit hineinzuziehen. Erst den Geisteskräften blieb das vorbehalten. An die Eltern richten wir das dringende Ersuchen, auf keinen Fall zu gestatten, daß ihre Kinder von den Geisteskräften in der feigsten Form mißbraucht werden. Wir machen die Herren Geisteskräften von Selterhausen Neustadt, Volksmarsdorf auf eine am Mittwoch, dem 8. Dezember abends 7 Uhr in Kahlers Festhölle in L.-Volksmarsdorf (Markt) stattfindenden öffentlichen Elternversammlung aufmerksam. Sie haben dort die Möglichkeit, ihre Gründe für den Religionsunter-richt in der Schule den Eltern gegenüber zu verteidigen. Die Agitation durch die Kinder aber verbitten wir uns.

Die alten Lädenhüter gegen Kommunalisierung und Sozialisierung

wurden wieder einmal in Leipzig in Anwendung gebracht. Der Ortsausflug für freie Nahrungsmittelwirtschaft hatte zu Sonntag eine Protestversammlung gegen Sozialisierung und Kommunalisierung nach Sanssouci einberufen. Der erste Redner beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Gesetzentwurf des Berliner Kommunalisierungsausschusses. Er sprach viel über Gewalt, Mißbrauch, Volksbetrug und warf den Anhängern der Kommunalisierung vor, sie seien die größten Egoisten. Man wolle nur die eigenen Parteigänger in den besten Stellen unterbringen. Das sind die Mittel, mit denen die Lädenhüter gegen die Kommunalisierung kämpfen. Es fehlte auch nicht das Märchen, daß die Kommunalbetriebe unrentabler wären als die — Kleinbetriebe. In einer Resolution, die zur Annahme gelangte, wurde natürlich „stimmender Protest“ erhoben, und es wurde erklärt, die Kommunalisierung würde die Wiedereinführung der Zwangs-wirtschaft bedeuten, was ganz falsch ist. Diese Zwangswirtschaft hat ja gerade weite Schichten des Händlers- und gewerblichen Standes vor dem Untergang bewahrt. Sie war deshalb ein Risiko, weil sie auf die Interessen der Privatbetriebe die größte Rücksicht nahm. Eine solche Kommunalisierung wollen wir nicht. Diese kommt, sie muß kommen, weil sie wirtschaftlich notwendig ist. Nach Sozialisierung und Kommunalisierung haben übrigens nicht die rücksichtslosen Händler und Innungsleiter, sondern die Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen zu entscheiden. Und deren wirtschaftliche Lage erfordert eine weitgehende Sozialisierung und Kommunalisierung.

Warum die Volksfürsorge gegründet wurde.

Ueber diese Frage sind sich viele Arbeiter und Arbeiterinnen auch heute noch nicht klar. Es wäre sonst nicht möglich, daß die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften noch immer Zu-lauf finden aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung. Der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten Ver-sicherung Volksfürsorge ist die Aufgabe gestellt, auf dem Gebiete des privaten Versicherungswesens reformierend zu wirken und die Schäden, die sich auf dem Gebiete der Volksversicherung ge-zeigt haben, wie z. B. den Verfall von Versicherungen, zu ver-mehren. Die Volksfürsorge soll aber die Versicherung auch ihres kapitalistischen Erwerbscharakters entkleiden, sie soll den Kapitalismus auf diesem Gebiete ausschalten. Das wird natürlich nur dann möglich sein, wenn die Arbeiterkernschaft sich von den kapitalistischen Versicherungsgesellschaften fernhält, bei diesen keine Ver-sicherungen mehr abschließt, sondern das zweifelslos vorhandene Bedürfnis nach Versicherungen bei der im Interesse der Arbeiter-

schaft gegründeten Volksfürsorge befriedigt. Wer von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Kapitalismus überzeugt ist, der schließt sich selber ins Gesicht, wenn er seine Spargrößen irgendwelcher kapitalistischen Versicherungsgesellschaft anvertraut. Dem Kölner Gewerkschafts-Kongress im Jahre 1905 war ein Antrag zugegangen, durch welchen es den Gewerkschaften zur Pflicht gemacht werden sollte, ihre Mitglieder vor dem Abschluß von Ver-sicherungen bei privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften zu warnen und auf Mittel und Wege zu sinnen, wie der Arbeiter-schaft das ihr durch die kapitalistischen Gesellschaften entzogene Vermögen erhalten werden kann. Infolge dieses Antrags ist später die Volksfürsorge gegründet worden, sie ist so ausgestaltet, daß die Interessen der Versicherten bei ihr bestens gewahrt sind. Die Volksfürsorge ist ein sozialistisches Unternehmen. Diesem Unternehmen anzugehören und agitatorisch dafür tätig zu sein, ist eine Ehrenpflicht für jeden selbstbewußten Arbeiter. Darum die Lüge zu vor den Agenten der kapitalistischen Gesellschaften! Für die Arbeiterkernschaft gibt es nur eine Versicherung: Die Volks-fürsorge! Nähere Auskunft gibt die Rechnungsstelle der Volksfürsorge in Leipzig, Zeiger Straße 32, Saalbau, Zimmer 14.

Professorenversammlung der Oberschlesier.

Am großen Festsaal des Zentraltheaters hatten sich in Leipzig wohnhafte Oberschlesier zusammengefunden, um gegen die geplante getrennte Abstimmung für Oberschlesien zu protestieren. Redner war Dr. Schindler, der am Schluß seiner Ausführungen, die Abstimmung auf Grund des Versailler Friedensvertrages vor-nehmen zu lassen forderte. Einstimmige Annahme fand folgende Entschiedenheit: Die abstimmungsberechtigten Oberschlesier von Leipzig und viele Einwohner Leipzigs, ungefähr 300 Personen, legen schärfste Verwahrung dagegen ein, daß nach dem Vorschlage der Entente die im Reich lebenden abstimmungs-berechtigten Oberschlesier getrennt von den dort Wohnenden ab-stimmen sollen. Diese Absicht widerspricht den Bestimmungen des Versailler Vertrages. Sie ist von der Absicht dik-tiert, die Stofkraft der auswärtigen Oberschlesier abzuschwächen und die in Oberschlesien Wohnenden einzuschüchtern. Die An-wesenden verlangen die strikteste Durchführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages und erwarten von der Reichs-regie-rung, daß sie alle Schritte tut, die Verungung des Vertrags zu verhindern und die Abstimmung am gleichen Tage zu gewäh-rleisten.

Kostenlose Abgabe von Brennmaterial an bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Das Ortsamt für Kriegsfürsorge Leipzig hatte sich, da sich ein großer Teil der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in so bedürftigen Verhältnissen befindet, daß ihnen die Anschaffung des notwendigen Brennmaterials fast unmöglich ist, an die Direktionen und die Bergarbeiterkassen der Meuselwitzer und Bornaer Kohlenwerke mit der Bitte um kostenlose Förderung von Brennmaterial in Ueber- oder Sonntagsmengen gewendet. Das Leipziger Gewerkschaftsamt hatte dieses Ersuchen unter-stützt. In den stattgefundenen Betriebsräteversammlungen, in denen der Vorstand des Ortsamtes für Kriegsfürsorge die Kostfrage dar-legte, hatten sich die Arbeiter einstimmig bereit erklärt, an Sonntagen ohne Bezahlung einzufahren unter der Bedingung, daß auch die Werke selbst das geförderte Brennmaterial den Leipziger Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen kostenlos überlassen würden. Die Meuselwitzer Bergwerksdirektionen haben sich hier-mit einverstanden erklärt, während die Verhandlungen mit den Bornaer Werken noch schweben. Die Sonntagsarbeit der Meusel-witzer Werke wird für die Leipziger Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen etwa eine Fördermenge von 100 bis 125 Waggons freigegeben. Die Zuzahlung soll in den Monaten Dezember und Januar erfolgen. Bedürftige Kriegs-beschädigte und Kriegshinterbliebene müssen, wenn sie bei der Verteilung berücksichtigt werden wollen, sich beim Ortsamt für Kriegsfürsorge, Abteilung Neues Rathaus, Erdgesch., Zimmer 181 und 182, in der Zeit von vor-mittags 8 bis 1 Uhr, anmelden, und zwar

- Buchstraße A—E Dienstag, den 7. Dezember 1920,
F—H Mittwoch, den 8. Dezember 1920,
J—M Donnerstag, den 9. Dezember 1920,
N—S Freitag, den 10. Dezember 1920,
Sch—Z Sonnabend, den 11. Dezember 1920.

Wenn, was zu erwarten steht, sich auch die Bornaer Werke an der Hilfeleistung beteiligen werden, wird voraussichtlich jeder bedürftige Haushalt eine Menge von 8—10 Zentnern kostenlos zugestrichen erhalten können. Die Zuteilung wird in den Monaten Dezember und Januar voraussichtlich immer in Teilmengen von zwei Zentnern erfolgen.

Bei der Anmeldung sind vorzulegen: Haushaltskarte, Rentenschein bzw. Rentenschein, Arbeitslosen-Kontokarte oder Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des im Monat November dieses Jahres bezogenen Arbeitsverdienstes.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Rein Dröschke. Im Juli d. J. hat der Rat beschlossen, nach den Richtlinien des sächsischen Ministeriums des Innern auch für die Stadt Leipzig einen Dröschke einzurichten und den Stadt-verordneten eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Nachdem inzwischen seitens der Entente für die Bildung des Dröschkes

dazu verwendet, um in einem bestimmten Lande Verschönerungen und Anzügen anzugehen.
„So, was sagen Sie jetzt?“
Der arme Jimmie fand keine Worte; er sah völlig zerknackt da. Nicht bloß der Lohn, den ihm Kummie am Samstag abend ausgehakt, sondern auch die Zehnmarkstücke, die ihm Jerry Coleman in die Hand gedrückt hatte — stammten vom Kaiser! Die ganze radikale Bewegung war in die Hände des Kaisers geraten und Jimmie hatte seine Arbeit verloren.

Kleine Chronik.

Buddha-Vertrag von Dr. Wolff. Als zweiten der großen Dulder betrachtete Dr. Wolff den großen indischen Weltweisen. Seine Religion ist wie keine andre aus dem Weiden erwachsen, und zwar nicht aus dem Selbst-Weiden, sondern aus dem Mit-Weiden mit der gesamten lebenden Welt. Es leuchtet ein, daß der Buddha aus diesem Grunde in ganz besonderem Sinne unter die großen Dulder zu rechnen ist. Der Redner gab ein anschauliches, allerdings stark durch die europäischen Brille gefärbtes Bild von der pessimistischen Grundstimmung des Buddhismus, die in der Erlösung vom Weiden das Ziel, und das einzige Ziel des Lebens erblickt. Er betonte, wie stark sich der Weg Indiens, der zu diesem Ziele führen soll, von dem Europas unterscheidet. Der Indier sieht die Erlösung in der Befreiung vom „Durst“, vom individuellen Lebensdrang, während nach der Meinung des Redners der Europäer in der tragisch-beröckelten Lebensauffassung, die gerade das Weiden schöpferisch gestaltet, seine höchste Vollendung erreicht. In Wahrheit ist aber die moderne europäische Weltanschauung der Gegenwart, d. h. die der aufsteigenden Klasse, des Proletariats, die materialistische, die in der sozialen Ueberwindung des Leidens ihr Ziel erblickt, während der Buddhismus nur in sich die Mög-lichkeit des Leidens bekämpft. Und darin können wir mit dem Redner übereinstimmen, daß allerdings für das gesamte Europa der Weg Indiens ungangbar ist.

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

Es war ihm eingeschärft worden, mit niemandem über die Angelegenheit zu sprechen; Lizzie erzählte er, er sei mit wichtigen Reparaturen beschäftigt gewesen. Am folgenden Morgen erhob er sich, um seinen Verdacht zu erweisen, zur gewohnten Stunde, streifte dem Geschäft zu und starrte dort auf die verschlossene Tür, vor der ein Polizist auf und ab schritt. Dann kaufte er eine Nummer des Herald und las die ausregende Geschichte der in Westville entdeckten deutschen Verschönerung. Ein halbes Duzend der Verschönerer befand sich in Haft, etwa ein Duzend für die Empire-Fabrik bestimmte Bomben waren gefunden worden. Es war endlich gelungen, Franz Heinrich von Holz, der eine Brücke in Kanada in die Luft gesprengt und eine Höllenmaschine auf einem Passagierdampfer untergebracht hatte, zu erwischen.

Eine halbe Stunde vor der festgesetzten Zeit stand Jimmie bereits vor dem Postgebäude; Genosse Dr. Service erschien, und sie betraten das Haus, wo letzterer die Kaution erlegte und Jimmie ein Papier unterschreiben mußte. Nachdem dies geschehen war, gab der grimmige Doktor Jimmie, in sein Automobil zu steigen, und nun kam ein jurchbares Gericht; jetzt hatte Genosse Service Jimmie dort, wo er ihn hatte haben wollen, und dies mußte ordentlich ausgenutzt werden.

„Sie waren so überzeugt, glaubten dem Krieg ein Ende zu machen, indem Sie die Herstellung von Munition verhindern, wollten die Warnungen älterer, erfahrener Leute nicht annehmen. Und wohin sind Sie geraten? Mit einer Bande Brandstifter und Schurken zusammen, die von einem persönlichen Freund des Kaisers befehligt werden, sind Sie verhaftet worden!“

Der arme Jimmie vermochte nichts zu seiner Verteidigung vorzubringen, er war ganz klein geworden. Er stammelte bloß, er habe keine bösen Absichten verfolgt, habe nur gegen den Munitionshandel agiert, gegen dieses verbrecherische Unternehmen...

„Verbrecherisch?“ — unterbrach ihn Dr. Service — „verbrecherisch, wenn die Freiheit der Menschheit davon abhängt?“

„Wahnsinn.“ — stotterte Jimmie, den diese Worte ein heftiger Wahnsinn deuteten.

Der andere erklärte: „Eine Nation, die ihre Nachbarvölker vernichten will, verwendet ihre ganze Arbeitskraft auf das Herstellen von Waffen und Munition. Die freien Völker der Welt folgen diesem Beispiel nicht, können dazu nicht überredet werden, weil sie nicht an den Krieg glauben, weil sie nicht glauben, ihr Nachbar wolle sie überfallen. Werden sie schließlich doch angegriffen, so besteht ihre einzige Rettung darin, auf offenen Märkten Verteidigungsmittel zu kaufen. Und Sie wollen sie dieses Rechtes berauben, sie veratzen, unter die Hufe des Kriegsgewehrs schleudern! Sie, der Sie sich ein Kämpfer für Recht nennen, werden das Werkzeug einer derartigen Verschönerung! Sie nehmen deutsches Geld...“

„Ich habe nie deutsches Geld genommen!“ — rief Jimmie hitzig.

„Hat Kummie Sie nicht bezahlt?“

„Ich habe für ihn gearbeitet, zehn Stunden am Tag.“

„Und dieser Jerry Coleman? Hat der Ihnen kein Geld gegeben?“

„Das war für Propagandazwecke — er war ein Agitator des „Proletarischen Nationalen Friedens...“

Genosse Service fauchte: „Wie konnten Sie so dumm sein? Lesen Sie denn keine Zeitungen? Aber natürlich, Sie kennen bloß den deutschen Schwindel!“ Und der Doktor zog aus einem mit Zeitungsausschnitten vollgepackten Taschensack eine Neugotter Zeitungsnotiz hervor, welche berichtete, die Regierung habe sich veranlaßt gesehen, gegen eine Organisation einzuschreiten, die sich „Proletarischer Nationaler Friedensrat“ nannte und Streik und Unruhe herbeizurufen suchte. Der Begründer der Organisation ist eine unter dem Spitznamen „Der Wolf von Wall-Street“ bekannte Person; das Geld wurde von einem preussischen Offizier, Richter an der deutschen Volkssache, gegeben, der seine offizielle Immunität

Vorarbeiten erlassen worden sind, die mit den Richtlinien des Ministeriums nicht übereinstimmen und insbesondere die Bewilligung der Angehörigen des Ortschaftsverbandes verweigern, und da ferner neuerdings das Ministerium eine völlige Neuordnung des gesamten Volkswesens plant, beschloß man, die bezeichneten Vorarbeiten an die Stadterordneten zurückzugeben.

Zur Verhinderung der Fleischverderbnis. Den Vorschlägen des Ernährungsrates, die Verhinderung der Fleischverderbnis so lange zurück zu stellen, bis reichliche Bestimmungen hierzu erlassen worden sind, und den Stadterordneten hierzu beschleunigte Erledigung des Verhinderungsgesetzes einzutreten, wurde beizutreten. Den Stadterordneten ist Mitteilung zu machen.

Geographentag. Man nahm mit Genugtuung Kenntnis davon, daß der mit einer geographischen Ausstellung verbundene 20. Geographentag nach dem Pfingstfest 1921 in Leipzig abgehalten werden wird.

Die Freigrenze in der Zulaststeuer zu hoch. Gegen den Beschluß der Stadterordneten, wonach für die Zulaststeuer vom reichsteuereinstufigen Einkommensteile die Freigrenze nach unten auf 8000 Mk. für Ledige und auf 12 bis 15000 Mk. für Verheiratete festgelegt werden soll, beschloß man vorläufig zu werden, nachdem inzwischen das Landesfinanzamt Leipzig in einer an den Rat gerichteten Verfügung zum Ausdruck gebracht hat, daß die von den Stadterordneten gezogenen Freigrenzen zu hoch seien und daß es einem Ortsoberverordneten, der so hohe Freigrenzen vorsehe, die Genehmigung verweigern würde.

Eine Sitzung der Stadterordneten findet am nächsten Mittwoch, abends 5 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über die Gehaltsneuregelung für das Solo-, Chor-, Tanz- und Operettenorchesterpersonal. — Ueber Neueregelung der Gehälter der Direktoren, Beamten und Angestellten bei den Straßenbahnen. — Ueber die Rückführung des Rates wegen Übernahme der Krankenbeförderung und der Sanitätswagen der Rettungsgesellschaft in städtische Verwaltung. — Ueber ein Abkommen mit dem Betriebsrat der Angestellten wegen der Entlassung von Hilfsangestellten. — Ueber Änderung der Gebührenordnung für den Vieh- und Schlachthof usw. — Ueber die Gewährung eines weiteren Darlehens an das Museum für die Mustermessen. Bei der Beratung des Haushaltsplanes werden u. a. nachstehende Konten zur Erörterung kommen: Konto 2 Volkshaus, Konto 4 Vieh- und Schlachthof, Konto 32 Städtische Theater, Konto 27 Wohlfahrtsvereine, Konto 43 Städtische Krankenhäuser an St. Jakob und St. Georg.

Vorsicht! Bei den Abonnenten der Leipziger Volkszeitung in Magwig ist versucht worden, auf Grund gefälschter Quittungen Geld zu kassieren. Mögen unsere Leser Vorsicht walten lassen und den Abonnementsbetrag nur an unsere Aussträger entrichten.

Warnung der Händler vor hoher Preisforderung für zur Weihnachtszeit besonders begehrte Waren. Das Gewerbeamt schreibt: Erfahrungsgemäß steigen zu Weihnachten die Preise für bestimmte Waren, wie Christbäume und Kerzen, insbesondere auch für Nüsse und Rosinen sehr stark, ohne daß die Einkaufspreise des Verkäufers entsprechend höher geworden wären. Die Aufsichtsorgane der Stadt Leipzig sind angewiesen worden, die Ein- und Verkaufspreise der Waren an der Hand von Rechnungen usw. nachzuprüfen. Stellt sich hierbei heraus, daß die Händler unbegründet hohe Preise fordern, so wird gegen sie auf das schärfste eingeschritten werden.

Elternabend. 43. Volksschule. Im Schulsaal der 12. Volksschule, Friesenstraße, Dienstag, 7. Dezember abends 7 Uhr. 1. Bericht des Elternrats, 2. Was ist Arbeitsschule. (Lehrer Rogel.)

Gibt den Blinden Arbeit! Das Arbeitsamt Leipzig schreibt: Im Namen der Blinden fordern wir die Bürger Leipzigs auf, Arbeiten, die von Blinden ausgeführt werden können, auch ihnen zukommen zu lassen. In Betracht kommen Rohrputzarbeiten, Korbmacharbeiten, Wärlten- und Besenbinden, Klavierstimmen, Festes Material und gute Ausführung wird gewährleistet. Aufträge werden wochentags täglich von 8 bis 4 Uhr im städtischen Arbeitsnachweis für Blinde, Stadthaus — Eingang Burgstraße — Zwischengasse 13, Zimmer 727 (Telephon: Neues Rathaus Nr. 23) entgegengenommen.

Wegen des Bezugs von Grundlofs wird auf die im amtlichen Teile der vorliegenden Nummer abgedruckte Bekanntmachung hingewiesen. Es können danach diejenigen Haushaltungen, die eine im Betrieb befindliche Grundlofsanlage haben, weitere 5 Zentner Grundlofs, die für die Zeit vom Dezember bis April berechnet sind, beziehen.

Enteignung von Brennstoffen. Die im Monat November vom Kohlenamt durchgeführte Enteignungen von Brennstoffen in Haushaltungen und Hausbrandbetrieben waren in 9 Fällen von Erfolg. Insgesamt wurden 300 Zentner Briketts, 40 Zentner Kohlenlofs und 40 Zentner Naphthesteine, = 23½ Tonnen enteignet.

Die Zentralkasse für Berufsberatung und Beschäftigungsvermittlung beim städtischen Arbeitsamt hält Sprechstunden für die Beratung von jetzt ab werktäglich nur noch von 11 bis 2 Uhr ab. Den Eltern wird anheimgegeben, diese Zeit möglichst einzuhalten. Die Herren Arbeitgeber werden dringend um Angabe der offenen Stellen ersucht. Die Beratung und Vermittlung ist für beide Teile kostenlos. Die Beratungsstelle befindet sich für Schüler Seeburgstraße 14/20, Erdgeschoss, Zimmer 4, und für Mädchen Sternwartenstraße 15/21, 1. Stock, Zimmer 16 u. 17.

Für die deutsche Kinderhilfe hat heute eingegangen: Von der Aktiengesellschaft R. W. 10000 Mk., vom Personal eines Waisenhauses 92 Mk.

Arbeiterbildungsinstitut. (Das laute Geheimnis.) Des spanischen Hofdichters Calderon höchstes Lustspiel wurde am Sonntag im Alten Theater mit viel Liebe der Darsteller gegeben. Zu einer rechten Verbindung mit dem Stück konnte das Arbeiterpublikum aber nicht kommen. Es liegt ihm nicht recht, weder in der Form, noch in seinem Wesen. Was kein Nachteil ist, sondern als ein gutes Zeichen für das Kritikvermögen des Arbeiterpublikums angesehen werden mag. Der Beifall galt den Darstellern.

Städtische Theater. Die wegen Lichtführung am vergangenen Dienstag ausgefallene Barfässaufführung, 203. Anrecht 5b, wird heute Montag, den 6. Dezember, nachgeholt. Es haben also die Karten mit dem Aufdruck „10. November“ Gültigkeit. Da eine Anzahl Karten wieder zurückgegeben worden sind, stehen noch genügend Eintrittskarten an der Kasse zur Verfügung. — Als Märchen für die Weihnachtsszenen wird in diesem Jahre im Alten Theater Emil Alfred Herrmanns Märchenstück Der gekleidete Kater neu einstudiert. Die Hauptrollen sind mehrfach besetzt: Der Weihnachtsmann Karl Huth und Julius Karsten (der nach sechsjähriger Kriegsgefangenschaft soeben aus Sibirien zurückgekehrt ist). Die Söhne des Müllers, Martin und Peter: Alfred Schläpfer und Arthur Niklas; Adolf Winds und Friedrich Liebmann; Hans Eugen Aberer und Werner Hartmann; der Kater: Agnes del Carlo und Marianne Berger; der Schuster: Hans Jelle-Gött und Oskar Berger; der König: Billy Engst, Karl Ekert und Gustav Colmar. Die Prinzessin: Marianne Kupfer und Luise Schöning; der Zauberer: Fritz Weiss und Julius Karsten; ein dienender Teufel: Hans Fehler und Friedrich Liebmann; der Oberhofmeister: Gustav Colmar und Arthur Niklas; der Hofjägermeister: Rudolf Blach. Inhaberrolle: Paul Brina. Die erste Aufführung findet Sonntag, den 11. Dezember, statt. Anfang 6½ Uhr.

Die städtische Theater-Zentrale als Kellereianstalt. Die Zentrale findet in folgender Nacht: In der am Dienstag dem 7. Dezember, im Operettentheater stattfindenden Aufführung von American Girl werden im 1. Akt von den Mannequins Peize von der Firma F. W. Hübner, Leipzig, vorgeführt.

Bei aller Gutmütigkeit finden wir doch, daß die Zentrale, verglichen unter Theaternotizen zu bringen, etwas stark ist.

Die Feuerwehre in Käthkeitz. In den Donnerstag-Nachmittagsstunden brannte auf dem sächsischen Güterbahnhof der Lagerraum einer Buttergroßhandlung. Die Löscharbeiten der Haupt- und Ostwache fanden einen ausgedehnten Brand vor und griffen das Feuer mit zwei Schlauchleitungen an. Der Schaden ist bedeutend, da außer dem vielen Kistenmaterial auch Margarine und Fett verbrannten, außerdem ist auch eine größere Menge Milchmehl verbrannt. Das Feuer konnte bald auf seinen Herd beschränkt werden. Ferner brannte in der Thomaststraße 26 in einer Niedertage Lederfett. Die Hauptwache konnte mit einer Schlauchleitung weitere Gefahr bald beseitigen. Zu einem Wasserrohrbruch nach der Elisenstraße wurde die Schwache alarmiert. Zum Landfeuer nach Taucha, wo in den Kraftuntermittelwerken ein Brand entstanden war, rückte eine Motorspritze aus, da die Benzinwerke in Gefahr waren. Zu der Stromunterbrechung des Hauptelektrizitätswerts in Wöhlig am Montagabend, indem durch das Wischen mit Wasser des entzündeten Kohlenstaubes das Haupttafel Kurzschluss erlitt, ist zu berichten, daß das Wischen durch Anstellung, nicht aber durch die Feuerwehre geschehen ist.

Anschlag auf einen Eisenbahnzug? Ein Beamter des Eisenburger Bahnhofs fand am 23. November, vormittags, auf einem Schienenstrang kurz vor Siling eine anscheinend scharfe Handgranate, die von unbekannter Hand dorthin gelegt worden war. Im Verlaufe der Erörterung stellte es sich jedoch heraus, daß die Handgranate ungeladen war, wovon der Täter, der jedenfalls einen Anschlag auf einen Eisenbahnzug beabsichtigte, vermutlich selbst keine Ahnung gehabt hat. Angaben, die zur Ermittlung des Täters führen könnten, erbittet schnellstens die Kriminalabteilung.

Zirkus Honny-Henry, der über einen transportablen heizbaren Holzwinterbau verfügt, wird hier auf seiner Durchreise nach Hannover zu einem kurzen Gastspiel eintreffen.

Wäsche, Gehacktes, Wurst-Verkauf, Köchschäfterei Wölfe, L. Anger.

### Lebensmittellisten für Dienstag, den 7. Dezember.

Für Haushaltungen.  
Anmeldung. Ausländisches Weizenmehl: Letzter Tag — abzugeben 18 E und K der Lebensmittelliste Reihe Q (100 Gramm). Ausgabe. 42. Kartentverteilung: Nr. 1201—1400.  
Lebensmittellisten für Schonwirte und Konditoren: Entnahme in der Kartentstelle, Markgrafenstraße 8, Zwischengasse 6, Buchstaben J—Q.  
Kochmehl: Letzter Tag — bestellt mit 14 E und K der Lebensmittelliste Reihe Q (125 Gramm).

## Sächsische Angelegenheiten.

### Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Die Landesversammlung der Rechtssozialisten.  
Gestern fand in Dresden die Landesversammlung der Rechtssozialisten statt, an der Vertreter der neuen Landtagsfraktion und des Parteivorstandes teilnahmen. Den Abmachungen, die am vorigen Donnerstag zwischen Vertretern der USP. und SPD. getroffen worden waren, wurde zugestimmt. Bekanntgegeben wurde die Antwort, die die Kommunisten auf die ergangene Anfrage erteilt haben. Danach lehnen diese es ab, sich an der Bildung einer rein sozialistischen Regierung zu beteiligen. Um aber ein Kabinett aus Vertretern der USP. und der Rechtssozialisten zu ermöglichen, wollen sie einem sozialistischen Ministerpräsidenten ihre Stimme geben. Ihre ferner Stellung zur Regierung sei aber von der Politik dieser abhängig, eine bindende Zusage nach der einen oder anderen Richtung lehnen die Kommunisten ab.  
Die Landesversammlung der USP. Sachsens findet am heutigen Montag in Dresden statt. Dort werden die gewählten Vertreter der sächsischen Parteigenossenschaft zu den Abmachungen Stellung nehmen.

### Benachteiligung Sachsens bei der Waggonverteilung.

Die Sächsische Industrie, das Organ der sächsischen Industriellen, beklagt sich über die Schädigung des sächsischen Wirtschaftslebens durch Wagenmangel. Der Aufsatz gibt der Meinung Ausdruck, daß als Ursache für diesen besonders großen Wagenmangel zweifellos der überhäufte Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich verantwortlich gemacht werden müsse. Zwar sei die Verteilung der leer werdenden Wagen auf die verschiedenen Bedarfsgebiete bereits vor der Verretzung einheitlich beim deutschen Eisenbahnzentralamt Beschu erfolgt. Trotzdem fanden aber damals diesem Amt selbständige Verwaltungen der Freistaaten gegenüber, und das sächsische Finanzministerium hatte die Möglichkeit gegeben, die weitere Aufgabe von Wagen mit Rücksicht auf die eigene Betriebslage abzulehnen. Die Verretzung hat hierin einen grundlegenden Wandel geschaffen. Das Reichseisenbahnzentralamt kann der heute eine nachgeordnete Behörde darstellenden Eisenbahngeneraldirektion befehlen, wieviel Wagen abzugeben sind, und kann seine Anordnungen unter allen Umständen geltend machen, selbst wenn dadurch die sächsischen Interessen nachteilig beeinträchtigt werden. Es brauchen dabei durchaus nicht Absichten vorzuwalten, aber es ist erklärlich, daß das Eisenbahnzentralamt, eine bisher rein preussische Behörde, in die nur ein sächsischer Beamter beigeordnet ist, die preussischen Interessen besser kennt. Außerdem spricht zuungunsten Sachsens, daß es die größte Arbeitslosigkeit im Reich hat und infolgedessen die Firmen wenig Wagen anfordern. Da nun aber in Zeiten des Wagenmangels nur die angemeldete Zahl zugewiesen wird, so erhält die sächsische Industrie, da sie gegenüber ihrem sonstigen Bedarf wegen der Arbeitslosigkeit niedriger anmeldet noch weniger Wagen als sie erhalten würde, wenn sie voll beschäftigt wäre, und durch den Wagenmangel wird der Grad der Beschäftigungsmöglichkeit wiederum herabgedrückt.

### Die Dresdner Einverleibungspläne.

In Dresdner Stadtparlament kam ein von allen Fraktionen des Kollegiums eingebrachter Antrag zur Verhandlung, der vom Rat einstimmig über den Stand der Verhandlungen der Einverleibung von Blasewitz, Lohchwitz und Weiheritz sich veranlaßt. Oberbürgermeister Wilschke betonte, daß die drei Gemeinden mit Dresden eine örtliche, wirtschaftliche und kulturelle Gemeinschaft bilden und deshalb auch eine Einheit in der Verwaltung herbeigeführt werden müsse. Die Stadtgemeinde sei bereit, dem Wunsche von 16 weniger leistungsfähigen Gemeinden im Westen und Süden auf Einverleibung zu entsprechen, wenn dies aber nur, wenn ihr auch die leistungsfähigeren Ortsteile angegliedert werden. Das gelte zu einem gerechten und sozialen Ausgleich und sei die unbedingte Voraussetzung. Der Oberbürgermeister erklärte, er hätte allerdings geglaubt, daß diese Gründe mit zwingender Notwendigkeit hätten dazu führen müssen, der Eingemeindung von Blasewitz und Lohchwitz zuzustimmen. Im Gutachten habe der Berichterstatter des Kreisausschusses selbst angegeben, daß Blasewitz und der Stummigle Ortsteil von Lohchwitz nach ihrer räumlichen Lage und der Entloftung der Gemeindecintrichtungen als reif für eine Eingemeindung bezeichnet werden könnten. Trotzdem habe sich der Kreisausschuß gegen eine zwangweise Einverleibung ausgesprochen. Der Beschluß sei unverständlich. Dadurch werde man sich aber in keiner Weise beirren lassen. Der Rat stehe einstimmig auf diesem Standpunkt. Die erste Folge dieser Ablehnung sei, daß dem Kultusministerium bereits mitgeteilt wurde, daß die Stadt unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in der Lage sei, die Verhandlungen wegen Leistung eines Zuschusses zu den Staatskassen weiterzuführen. Weiter werde man gegen den ablehnenden Spruch des Kreisausschusses unverzüglich und nachdrücklich beim Ministerium des Innern vorstellig werden, damit dieses

bei seiner Entscheidung von der Wahrung der zwanzwölfen Eingemeindung Gebrauch mache. Das Kollegium stellte sich geschlossen hinter den Oberbürgermeister.

### Mandatsablehnung.

Korrektor Meyer von den Neu-Kommunisten, der an Stelle Meyers in den Landtag kommen sollte, hat das Mandat abgelehnt, so daß der Klempner Oskar Kießling an seine Stelle tritt.

### Unentgeltliche Totenbestattung.

In Schiedewitz hat die Gemeindevorretzung beschlossen, die unentgeltliche Totenbestattung einzuführen. Das Ortsgesetz darüber ist bereits genehmigt worden. Danach wird den unterstützungsberechtigten Einwohnern im Todesfall der Sarg, die Bekleidung der Leiche, die Aufbahrung, die Behandlung durch die Heimbürgerin und die Gebühren für die Aufbahrung des Grabes und den Transport der Bahre geboten. Die Kosten für den Leichenwagen, das kirchliche Geläut, das Orgelspiel, das Aufmauern des Grabes usw. werden nicht mit übernommen.

### Religionsunterricht durch Theologen.

Dresden, 5. Dezember. In der Voraussetzung, daß eine große Anzahl von Lehrern vom 8. Dezember ab sich weigern wird, Religionsunterricht zu erteilen, hat die Superintendentur Dresden die Geistlichen im Amt und im Ruhestand, ebenso die Kandidaten der Theologie aufgefordert, den Religionsunterricht zu übernehmen. Hierzu haben sich 107 Geistliche und Kandidaten bereit erklärt.

Dresden. Die Flughaile, die bereits an eine Firma in Gelnitz im Abbruch verkauft worden ist, wird für Zwecke der Filmindustrie erhalten bleiben, und so noch in dieser Richtung eine praktische Verwendung finden.

Ungeheurer Rechtsanwalts. Das Schöffengericht verurteilte den Dresdner Rechtsanwalt Karl Friedrich Gustav Rudolf Plodemann wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis. Der Verurteilte hatte vor Jahresfrist von einer Kutschersehrau Beder in Posthappel den Auftrag erhalten, eine Hypothekengeldangelegenheit in Höhe von 11000 Mk. zu regeln, dabei aber 6000 Mk. veruntreut.

Annaberg. Die Stadterordneten stimmten der Errichtung eines Gewerbegerichts für den amtschauptmannschaftlichen Bezirk zu. Es werden drei Spruchkammern geschaffen: Annaberg-Stadt (Städte Annaberg, Buchholz, Gemeinden Cuneradorf, Strohnau), Annaberg-Land, Städte Geier, Ehrenfriedersdorf, Thum.

Plauen i. B. Die Zahl der Arbeiterwerblosen in Plauen beträgt noch immer 9776, die der Teilerwerbslosen 1903.

Chemnitz. An Stelle des zum Amtshauptmann ernannten Stadtrats Dr. Marcus (Rechtssozialist) wurde das leitende Volkswirtschaftsmitglied Robert Krause, bisher unbesoldeter Stadtrat, mit 30 gegen 18 Stimmen von den Stadterordneten zum besoldeten Stadtrat gewählt.

## Aus den Nachbargebieten.

### Späte Sühne.

Raumburg, 5. Dezember. Vor der Strafkammer wurde am 4. Dezember der Sparassendant Rischke aus Hohenmölsen zu zwei Jahre Zuchthaus verurteilt, u. a. auch deshalb, weil er im Jahre 1918 3000 Mk. aus der Sparkasse Hohenmölsen gestohlen hatte. Wegen dieser Diebstahlsache mußte seinerzeit der Gegenbuchführer Worrack acht Monate unzulässig in Untersuchungshaft verbringen, auch geriet der Bürgermeister Rose in starken Verdacht. Den festgestellten Bemerkungen der Gen darmarie gelang es jedoch, den Eheleuten Rischke neben andern Diebstählen auch diesen nachzuweisen und beide der gerechten Strafe zuzuführen. Die Ehefrau Rischke wurde wegen schweren Diebstahls zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

## Aus der Umgebung.

### Spätschneewetter in Grimma.

In der Woche vom 6. bis 12. d. Mts. darf keine Butter verteilt werden. Die in dieser Woche aufzufahrende Butter muß, wie bereits im Oktober, restlos an die Großstädte und die größeren Industriegebiete verteilt werden. Als Ersatz werden für die Versorgungsberechtigten 100 Gramm Kofosett für 4 Mk. ausgegeben.

Auf die Warenbezugsarten werden vom 9. bis 13. Dezember 1920 vorausgibt gegen Abschneiden der roten Marke R Nr. 8 250 Gramm weiße Bohnen für 150 Pfg., auf die gelbe und weiße Rinderkarte gegen Abschneiden der Sondermarke R Nr. 5 250 Gramm Weizenriege für 95 Pfg., auf die Nährmittelliste 150 Gramm Weizenriege für 57 Pfg., 1 Paket Keks oder Zwieback. Inhaber der letzteren Karte haben bis zum 6. Dezember bei einem von der Gemeinde angegebenen Händler oder einer Apotheke einen Bestellabschnitt abtrennen zu lassen.

Ferner ist ein größerer Posten Kerzen abzugeben. Der Preis für Händler und Gemeinden beträgt 7.30 Mk. pro Pfund. Bestellungen sind an die Kaufmännische Abteilung zu richten.

Durch die Bezugsvereinbarung für den Weh-, Wirt- und Strickwarenhandel des Bezirkes Grimma gelangen durch bestimmte Kleinhandler nachstehende Reichswaren zum Verkauf: Dreifachzügige für 60.75 Mk., Unterhosen für 7.50 und 21 Mk., Westen mit Vernet für 23.50 Mk., Männerhemden für 51 Mk., Socken für 9.15 und 18.50 Mk., Kinderstrümpfe in verschiedenen Größen und diverse Stoffe. Außerdem werden ohne Bezugsabschnitt Pulswärmer für 2.50 Mk. in denselben Verkaufsstellen abgegeben.

Verkauf erfolgt unter den bekannten Bedingungen.

h. Engelsdorf. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde mitgeteilt, daß die Amtshauptmannschaft 12000 Mk. zu Wegebauten bewilligt hat. Dem Rannichensüchterverein wurden 50 Mk. als Ehrenpreis bewilligt. Dem Verkehrsverein Leipzig wurde mit einem Jahresbeitrag von 50 Mk. beigetreten. Die Aufnahme einer Unfallversicherungsversicherung wurde nach gründlicher Aussprache abgelehnt. Dem Schulvorstandesbeschlusse, die Herren Raabes und Senfert als ständige Lehrer anzustellen, wurde beigetreten. Von der Kirchengemeinde soll ein Grunderwerbsteuerzuschlag von 1/2 Prozent erhoben werden. Die Mieten im alten Gemeindeamt wurden auf 6 Mk. für den Quadratmeter festgesetzt. In den Elektrizitätsverband Leipzig-Land wurden die Herren Albin Müller und Sommerweh gewählt. Als Beibringung wird der Knabe Schulte von hier Ostern 1921 eingestellt. Die Gründung eines Krankenpflegeverbandes wurde wegen geringer Beteiligung der Nachbargemeinden fallen gelassen. Eine Revision sämtlicher Gemeindefassen gab zur Beanstandung keinen Anlaß. Die Drücklegung von Fahrplänen wurde abgelehnt. In nichtöffentlicher Sitzung wurden einige Unterstützungsanträge geregelt. Die Neueregelung der Besoldungs- und Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten wurde in erster Lesung verabschiedet. Der Reinertrag der Ostbawirtschaftung soll zur Verbilligung der Kartoffeln verwendet werden. Bemerkte soll noch werden, daß alle USP.-Gemeindevorretreter der alten Partei zugehörig sind.

am. Bühlitz-Ehrenberg. Aus dem Gemeinderat. Der Gemeindevorstand gab das Akkreditivgesetz des Herrn Ernst Meyer (Neu-K.) bekannt. Der Gemeinderat beschloß, das Gesetz

unter Berücksichtigung des Gesundheitszustandes und der unglücklichen Arbeitsverhältnisse... unter Berücksichtigung des Gesundheitszustandes und der unglücklichen Arbeitsverhältnisse... unter Berücksichtigung des Gesundheitszustandes und der unglücklichen Arbeitsverhältnisse...

als sie gebrauchen und honorieren können, kann niemals ein... als sie gebrauchen und honorieren können, kann niemals ein... als sie gebrauchen und honorieren können, kann niemals ein...

24. Ortskrankentag.

Die Hauptversammlung des Verbandes deutscher Ortskrankentag... Die Hauptversammlung des Verbandes deutscher Ortskrankentag... Die Hauptversammlung des Verbandes deutscher Ortskrankentag...

Nach weiteren Begrüßungsansprachen erstattete Lehmann... Nach weiteren Begrüßungsansprachen erstattete Lehmann... Nach weiteren Begrüßungsansprachen erstattete Lehmann...

Ueber die Arztfrage sprach als erster Referent Frähdorf... Ueber die Arztfrage sprach als erster Referent Frähdorf... Ueber die Arztfrage sprach als erster Referent Frähdorf...

Das Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1918 und das... Das Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1918 und das... Das Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1918 und das...

Der Reichstag wurde zugestimmt... Der Reichstag wurde zugestimmt... Der Reichstag wurde zugestimmt...

In seinem Referat über Arbeitsgemeinschaften von Trägern... In seinem Referat über Arbeitsgemeinschaften von Trägern... In seinem Referat über Arbeitsgemeinschaften von Trägern...

Dem Ortskrankentag ging eine Sitzung derjenigen... Dem Ortskrankentag ging eine Sitzung derjenigen... Dem Ortskrankentag ging eine Sitzung derjenigen...

Gerichtssaal.

Wegen schweren Diebstahls hatte sich der stellenslose Markt... Wegen schweren Diebstahls hatte sich der stellenslose Markt... Wegen schweren Diebstahls hatte sich der stellenslose Markt...

Briefkasten der Redaktion.

- 1. Sie müssen bezahlen, wenn Sie dazu in der Lage sind... 1. Sie müssen bezahlen, wenn Sie dazu in der Lage sind... 1. Sie müssen bezahlen, wenn Sie dazu in der Lage sind...

U.S.P.D. Gross-Leipzig... U.S.P.D. Gross-Leipzig... U.S.P.D. Gross-Leipzig...

Ortsverein Alt-Leipzig, Nordbezirk... Ortsverein Alt-Leipzig, Nordbezirk... Ortsverein Alt-Leipzig, Nordbezirk...

Stiefelsohlen billiger... Stiefelsohlen billiger... Stiefelsohlen billiger...

Arbeiterchaft von Deutscher-Gau... Arbeiterchaft von Deutscher-Gau... Arbeiterchaft von Deutscher-Gau...

Versammlung... Versammlung... Versammlung...

Familien-Nachrichten... Familien-Nachrichten... Familien-Nachrichten...

Gefühlslüste... Gefühlslüste... Gefühlslüste...

Stoffreste... Stoffreste... Stoffreste...

Bruno Selmer... Bruno Selmer... Bruno Selmer...

